

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Erscheint jeden Donnerstag, Redaktionsschluss Sonnabend.
Verantwortlich für die Redaktion: H. Lantes, Berlin NW 40,
Reichstagsufer 3. — Fernsprecher: Amt Honig 8462 u. 4934.

Verlag: H. Lantes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3.
Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezugspreis: 1,50 M. monatlich. Zu beziehen durch die Post.
Inserate: Die 6 gefaltene Nonpareilleseite bei Arbeitsmarkt
Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

Kampf um die Arbeitszeit in Bäckereien

In dem soeben erschienenen Jahresbericht der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten werden wieder zahlreiche Vergehen gegen die gesetzlichen Arbeitszeitbestimmungen festgestellt. Die meisten Bestrafungen, die 1929 in Preußen überhaupt wegen Verstoß gegen Beschäftigungsvorschriften vorgenommen wurden, beziehen sich auf das Bäckereigewerbe. Sehr charakteristisch ist, daß in fast allen Gewerbeaufsichtsbereichen zahlreiche Umgehungen stattgefunden haben, wie nachstehendes Strafregister erkennen läßt:

Königsberg: Ueberschreitung der Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien führte in 23 Fällen zur Bestrafung in Höhe von 20 bis 300 Mk., die übrigen Verfahren sind noch nicht erledigt. Wegen verbotswidriger Nachtarbeit in Bäckereien wurden in 29 Fällen 23 Gewerbetreibende zu Geldstrafen von 20 bis 300 Mk. verurteilt; 6 Verfahren sind noch in der Schwebelage.

Westpreußen: Zuwiderhandlungen gegen die Arbeitszeitvorschriften wurden wiederum in zahlreichen Fällen festgestellt; 27 Betriebsinhaber und 2 Betriebsleiter wurden deswegen mit Geldstrafen von 5 bis 200 Mk. belegt. Wegen Zuwiderhandlung gegen das Nachtbäckverbot wurden 7 Bäckermeister zu Geldstrafen von 10 bis 50 Mk. verurteilt.

Frankfurt a. d. O.: Unter dem Eindruck einer durch Flugblätter geförderten Propaganda für 4-Uhr-Arbeitsbeginn im Bäckereigewerbe führten unbefugte Bäcker in einem kleinstädtischen Innungsbezirk einen solchen ein, was zu Frühkontrollen und Strafverfolgungen in 12 Fällen führte. Die verhängten Strafen lagen zwischen 10 und 100 Mk.

Stadt Berlin: Vor allem waren es wiederum die Bäckermeister, bei denen die meisten Vergehen festgestellt und Strafverfolgungen beantragt werden mußten, wenn man vielleicht auch eine gewisse Besserung in der Beachtung der Verordnung über die Arbeitszeit in Bäckereien vom 23. November 1918 (RGBl. S. 1329) beobachten kann.

Stettin und Stralsund: Verstöße gegen die Bäckereiarbeitszeitverordnung wurden mit Geldstrafen bis zu 250 Mk. geahndet. Es handelte sich hierbei in der Hauptsache um Arbeitsbeginn vor 5 Uhr.

Köslin: Zahlreich waren wieder die Uebertretungen des Nachtbäckverbots in Bäckereien. Nicht weniger als 30 Bäckermeister wurden zu Geldstrafen von 5 bis 130 Mk. verurteilt, 2 Gesellen wegen Beihilfe zu 10 und 60 Mk., zahlreiche Verfahren schweben. Während noch die große Mehrzahl der Verurteilungen zu sehr geringen Geldstrafen nur aufmunternd wirkt, sind einzelne Gerichte doch schon zu Strafen von wirklich abschreckender Höhe gekommen. So ist ein Bäckermeister wegen Nachtarbeit und 12½- bis 13½stündiger täglicher Beschäftigungsdauer zu 200 Mk. Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Breslau: Allein 104 Bäckermeister sind wegen un-

tragens von Waren vor 7 Uhr mit Geldstrafen bis zu 100 Mk. belegt worden.

Stiegnitz: Mehr als 200 Verfehlungen gegen die Arbeitszeit- und Sonntagsruhebestimmungen wurden durch gerichtliche Bestrafungen geahndet. Auf die Inhaber von Bäckereien entfielen dabei nicht weniger als 147 Strafen.

Oberschlesien: Dem Nachtbäckverbot und dem Verbot des Backwarenaustragens vor 7 Uhr wollen zahlreiche Bäckermeister immer noch keine Beachtung schenken. In den Bezirken Neiße, Oppeln und Ratibor sind aus diesem Grunde 165 Bestrafungen erfolgt, während 36 Strafverfahren noch schweben.

Magdeburg: Die Einhaltung der Nachtruhebestimmungen ließ in vielen Bäckereien zu wünschen übrig. Klagen der Arbeitnehmer über vorzeitigen Arbeitsbeginn in den Bäckereien einer mittelgroßen Stadt veranlaßten Nachtbesichtigungen. Hierbei wurden 17 Bäckermeister mit ihren Gehilfen und zum Teil noch jugendlichen Lehrlingen bei der Arbeit angetroffen; sie wurden angezeigt und bestraft.

Merseburg: Die Vergehen gegen das Nachtbäckverbot in den Bäckereien waren trotz der verfügbaren verschärften Ueberwachung wiederum sehr zahlreich.

Erfurt: Der 5-Uhr-Beginn der Arbeit in den Bäckereien hat sich im allgemeinen bewährt. Versuche von eifrigen Bäckermeistern, Rundschaft durch früheren Beginn zu erwerben, kommen allerdings öfter vor. Da indessen das Bäckergewerbe in seiner Gesamtheit die Wiedereinführung der Nachtarbeit verhindern will, so bleiben solche Fälle Ausnahmen, sie werden, sofern eine Ueberführung des Meisters glückt, ausnahmslos zur Bestrafung angezeigt. Die in zehn Fällen verhängten Geldstrafen betragen 3 bis 200 Mark.

Hannover: Wegen unerlaubter Aufnahme der Arbeit vor 5 Uhr und unerlaubten Austragens von Brötchen vor 7 Uhr sind 14 Bäckermeister gerichtlich bestraft worden.

Cüneburg: In Harburg-Wilhelmsburg sind die Außenbeamten der staatlichen Polizei mit der Beobachtung des Frühverkaufs in den Bäckereien beauftragt worden. Trotzdem wurde in 17 Fällen Beschäftigung vor 5 Uhr ermittelt. Sämtliche Bäckermeister sind angezeigt und bestraft worden.

Osnabrück und Aurich: 25 Bäckermeister mußten wegen unerlaubter Ueberarbeit bestraft werden.

Minden: Wegen Zuwiderhandlungen gegen Nachtbäckverbot wurden 35 Bäckermeister mit Geldstrafen von 30 bis 200 Mk. belegt.

Munsberg: Wegen Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen der Bäckereiverordnung wurden 139 Bäcker und Konditoren zu Geldstrafen in Höhe von 3 bis 200 Mk. verurteilt. Bemerkenswert ist, daß ein Bäcker dreimal und vier weitere Bäcker zweimal verurteilt worden sind.

Kassel: Bei Besichtigung einer Kreisstadt durch das Gewerbeaufsichtsamt wurden dagegen sämtliche

Bäckermeister der Stadt bei Sonntagsarbeit in den Morgenstunden angetroffen und der Staatsanwaltschaft angezeigt. Sie erhielten je eine Geldstrafe von 10 Mk.

Wiesbaden: Um den ständig wiederkehrenden Klagen des Nachtbäckverbots im Rheingau wirksam nachgehen zu können, wurde ein Offizier der Schutzpolizei beauftragt, von Wiesbaden aus mit dem Kraftwagen überraschende Besichtigungen in den Bäckereien durchzuführen. In 60 bis 80 Proz. aller Betriebe wurde ein Arbeitsbeginn vor 5 Uhr festgestellt.

Koblenz: Insgesamt wurden 44 Bäckermeister in 62 Fällen bestraft.

Köln: Wegen Zuwiderhandlungen gegen das Nachtbäckverbot erfolgten 108 Bestrafungen. Wegen Ueberschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit erfolgten 54 Bestrafungen.

Trier: Auch im Berichtsjahr wurde wiederum eine Anzahl Uebertretungen des Sonntags- und des Nachtbäckverbots wie auch der Vorschriften über die Dauer der Arbeitszeit festgestellt.

Machen: Ein in Machen aus Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und einem Polizeibeamten gebildeter besonderer Ueberwachungsausschuß für die Beaufsichtigung von Bäckereien und Konditoreien hat in der Zeit vom 1. April 1929 bis 31. Dezember 1929 im ganzen 295 Besichtigungen vorgenommen und 29 Anzeigen wegen Zuwiderhandlung gegen die einschlägigen Vorschriften erstattet, darunter 6 wegen Arbeitsbeginn vor 5 Uhr und 18 wegen Verkauf von Backwaren vor 7 Uhr.

Die von den Gewerbeaufsichtsbeamten festgestellten Uebertretungen sind nur ein kleiner Ausschnitt von der Sabotage, die gegen das Schutzgesetz von den Bäckermeistern systematisch betrieben wird. Hinzu kommen weiter die von den Ortspolizeibehörden festgestellten und zur Anzeige gebrachten Uebertretungen sowie alle jene Fälle, die von unseren Verbandsfunktionären gemeldet werden. Treibt etwa die wirtschaftliche Not die Bäckermeister zur Nichtbeachtung des Schutzgesetzes oder ist es wirklich nicht möglich, das Verbot der Nachtarbeit aus Konkurrenzgründen einhalten zu können? Von alledem ist keine Rede. Das Bäckergewerbe steht seit dem Schutzgesetz wirtschaftlich nicht schlechter als in früheren Jahren bei ständiger Nachtarbeit. Und auch jetzt in der Zeit der allgemeinen Wirtschaftsmisere steht sich das Unternehmertum in diesem Berufe immer noch besser als das in vielen anderen Gewerben. Von einem Mangel an Arbeitskräften ist erst recht keine Rede, wo amtlich nachgewiesen ist, daß über 30 000 Bäckergehilfen arbeitslos sind. Darum bleibt, wie wir des öfteren nachweisen konnten nur der Profitgeizismus übrig, der unter Mißachtung der Gesetze zur schamlosen Ausbeutung von Gehilfen und Lehrlingen führt. Nur durch hohe Strafen kann auch in den Bäckereien Ordnung geschaffen werden.

„Programm“ der Regierung

Die Reichstagswahlkampf am 14. September konzentrierte sich mit Recht um die Frage, Demokratie oder Diktatur, und langsam aber sicher kommt der Reichstagswähler zum Bewußtsein, daß es dabei gleichzeitig um die Rechte der Arbeiterchaft im Besonderen ging. Wie weit der neue Reichstag mit der Stärkung der Extremisten die gefährdenden Verschlechterungen für die Arbeiterchaft abwehren kann, wird sich nach dem 13. Oktober, wenn der Reichstag zusammengetreten ist, beweisen. Als Bollwerk in diesem heroischen Kampf trägt die Sozialdemokratie kolossale Verantwortung.

Die Regierung Brüning-Stegerwald will inzwischen ihre durch die Notverordnung geschaffene Doktor-Eigenart-Kur fortsetzen. Ihr der Öffentlichkeit zu Gesicht gekommenes „Programm“ richtet sich ausschließlich gegen die Arbeiterchaft. Auf Verlangen des Reichsarbeitsministers hat sie beschlossen, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 4½ Proz. auf 6½ Proz. festzusetzen. Die Beamtengehälter sollen im Betrage von 220 Millionen Mark „eingespart“ werden als nationales Notopfer“ und der durch die Reichsregierung ernannte „Sonderschlächter“ für die Berliner Metallindustrie soll die Bühne im „Rahmen eines 15proz. Abbaues“ neu festlegen. Mit diesem Lohnabbau beabsichtigt die Reichsregierung, für ganz Deutschland zu einem generellen Lohnabbau das Signal zu geben. Am Schlusse seines Regierungsprogramms sagt Brüning: „Deutschland muß aber rechtzeitig Anschluß an die Entwicklung in der großen Stunde der Weltwirtschaft finden, die durch die Senkung des Preisniveaus gekennzeichnet ist.“

Diese Worte Brünings wollen nichts mehr und nichts weniger besagen, als eine Angleichung an die Weltwirtschaft auf Kosten der Löhne der Arbeiter und Beamten zu erreichen. Kein Wort wird zur Senkung der Kartellpreise gesagt! Die Regierung geht über die künstliche Hochhaltung der Lebensmittelpreise und der Markenartikel hinweg und ist nicht fähig, dem Preiswucher Einhalt zu gebieten. Die deutschen Profitgiganten genießen den Schutz der Regierung! Die zur Hebung des Wohnungsbaues errichtete Hauszinssteuer soll auf 400 Millionen Mark verzichtet und diesen Betrag zur Senkung der Realsteuern hergeben! Statt mit diesen 400 Millionen den Wohnungsbau zu fördern, der Arbeit und Brot für die Arbeiterchaft und Warenumsatz für die Produzenten bringt, soll er gedrosselt werden! Eitel Freude herrscht im Lager der Mittelständler; denn die Umsatzsteuer soll ebenfalls beträchtlich gemindert werden und die Aufsicht der Kapitalisten erhält dadurch neuen Antrieb, daß Vermögen nicht mehr wie bisher ab 5000 Mk., sondern erst ab 20 000 Mk. der Vermögenssteuer unterliegen! Kein Wort wird im Regierungsprogramm gegen die Kapitalverchieber ins Ausland gesagt. Die Senkung der Grenze der Besteuerung für die Vermögen ist ein erneutes Entgegenkommen für die finanzstarken Kreise. Die Beseitigung der Schutz- und Handelszölle wird im Programm ebensowenig wie die Beseitigung der Subventionen an bestimmte Interessengruppen erwähnt! Kein Wort gegen die Bekämpfung der furchtbaren Arbeitslosigkeit findet die Regierung in ihrem „Programm“, lediglich für Maßnahmen, die für die Arbeiterchaft empörend sind. Die Regierung zeigt den arbeitenden Staatsbürgern als der nicht in gleichem Maße berechtigten Unterschicht die kalte Schulter und der Oberschicht, jenen Kreisen, denen es noch immer in Deutschland wohlging, ihr freundliches Wohlwollen. In diesem grandiosen Kampf, den die Arbeiterchaft führen muß, ohne auf die Unterstützung der Agitationsmaulhelden von ganz rechts und links rechnen zu können, werden die Gewerkschaften im Verein mit der Sozialdemokratie einen unerhörten Kampf auszufechten haben. In diesem Ringen wird um die Rechte der Arbeiterchaft gekämpft und starke Gewerkschaften sind unerlässlich denn je! Die Gewerkschaften stellen das unbeschämte Rückgrat im Kampfe um elementare Menschenrechte dar! Alle unsere Mitglieder seien sich dessen eingedenk!

Preußen und die Getränkesteuer

Durch die Notverordnung der Regierung Brüning-Stegerwald ist bekanntlich auch den Gemeinden die Möglichkeit gegeben, ihrerseits die Gemeindegetränkesteuern durchzuführen. Eine reichsrechtliche Verpflichtung zur Durchführung für die Gemeinden besteht nicht. Lediglich dann, wenn der Haushalt einer Gemeinde durch Wohlfahrtslasten in außerordentlichem Umfange belastet ist, sind sie berechtigt, die Steuer einzuführen. Der Wortlaut der Notverordnung läßt darüber, daß die Erhebung nur für Ausnahmefälle gedacht ist, gar keinen Zweifel aufkommen, und noch deutlicher weist der Reichsfinanzminister in einer Durchführungsbestimmung vom 4. September auf diese Frage hin. Er sagt: „Die Zustimmung zur Einführung der Gemeindegetränksteuer darf nur auf Grund der Ueberzeugung erteilt werden, daß die Gemeinde tatsächlich durch Wohlfahrtslasten in außerordentlichem Umfange belastet wird.“ Sowohl durch die Notverordnung, wie auch durch den Reichsfinanz-

minister ist eindeutig gesagt, unter welchen bindenden Voraussetzungen die Gemeindegetränksteuer erhoben werden können. Nun will aber die preussische Staatsregierung, daß, „soweit es zum Ausgleich des Haushalts der Gemeinde erforderlich ist“, die Aufsichtsbehörde mit Zustimmung der Beschlußbehörde die Gemeindebier- und die Gemeindegetränksteuer erheben kann. Preußen verlangt also ein Landesgesetz, das berechtigen soll, eigenmächtig ohne bindende Voraussetzungen die Steuern erheben zu können, ganz im Gegensatz der Notverordnung.

Wir meinen, ist schon die Bestimmung, wonach erst dann die Gemeindebier- und Getränkesteuer erhoben werden kann, wenn der Wohlfahrtshaushalt einer Gemeinde überschritten ist, sehr dehnbar, so kann für uns als die berufsständige Organisation dem Verlangen Preußens ganz und gar kein Geschmack abgewonnen werden. Wir halten nach wie vor daran fest, daß die Biersteuer und die Getränkesteuer an sich schon die Verbraucherkreise unerhört belasten und die Arbeitslosigkeit, die einzudämmen ist, nur noch mehr in den Getränkeindustrien fördern hilft. Wird nun dem allgemeinen Verlangen Preußens Rechnung getragen, dann wird und muß die Arbeitslosigkeit noch viel größer werden; denn ein weiterer Konsumrückgang, der unausbleiblich wäre, ist katastrophal! Nehmen wir schon die „bindenden Bestimmungen“ der Notverordnung ab; denn früher oder später bei der heutigen Zunahme des Massenelends in den Gemeinden werden die Kommunalbehörden doch auf diese zurückgreifen, so ist das Verlangen der preussischen Staatsregierung vollständig undiskutabel! Auch wir verlangen für die in der Getränkeindustrie Beschäftigten mit allem Nachdruck Beschaffung besserer Arbeitsmöglichkeit und da ist es erste Voraussetzung, alle den Konsum hindernde Bestimmungen zu beseitigen.

Verband gewerblicher Süßmostkellereien

Die deutschen Süßmostkellereien haben sich am 6. September unter der Verbandsfirma „Verband der Deutschen Süßmostkellereien“ zusammengeschlossen. Bekanntlich waren die Süßmostkellereien eine derjenigen wenigen Berufsgruppen, die bisher noch nicht eine geschlossene Interessengruppe darstellten. Aufgabe des neuen Verbandes soll es sein, alle Interessen der gewerblichen Süßmostkellereien zu wahren und insbesondere um die Qualitätshebung und -Ueberwachung besorgt zu sein. Weiter soll versucht werden, mit den Behörden sowohl wie mit den Verbraucherorganisationen in engste Fühlung zu treten.

Wenngleich die Wahrung „aller Interessen“ ein dehnbarer Begriff ist, so muß doch analog der Einstellung der Arbeitgeberverbände bemerkt werden, daß sich der neue Verband auch mit der Lohn- und Arbeitszeit- sowie den Tariffragen beschäftigen wird; denn sie berühren ja zu einem großen Teil auch die Interessen der Süßmostkellereien. Den in diesen Betrieben Beschäftigten, soweit sie noch nicht organisiert sind, wird sich nun zwangsläufig die Frage aufdrängen, ob sie nicht auch um eine engere Fühlungnahme mit ihren Berufscollegen besorgt sein müssen. Es kann deshalb nur eine Lösung geben: Mitglied des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter zu werden!

Situation in der Berliner Fleischwaren-Industrie

Wenn die Großindustriellen gegen den Inhalt der Lohnläufe Sturm laufen, wenn sich die Schlotbarone gegen die Sozialgesetzgebung wenden, dürfen auch die Kleinen und ganz Kleinen, die Berliner Wurstfabrikanten, die Ladenfleischermeister und die Darmhändler nicht fehlen. Die Lohnabbauparole der Regierung hat alle toll gemacht. Alle wollen sie Deutschland retten auf Kosten derjenigen, die nichts mehr haben.

Die Eisa-Werke, die Fabrik der bekannten Briher Knublinchen, glauben ganz bescheiden zu sein, wenn sie 5 Proz. Lohnabbau fordern. Die übrigen Berliner Wurstwarenfabrikanten nennen keine bestimmte Summe, sie wollen gleich ganze Arbeit leisten und spekulieren auf die arbeitslosen Fleischergesellen, mit deren Hilfe die tariflose Zeit ausgenutzt und die Löhne radikal abgebaut werden sollen. Die Darmfortieranstalten glauben, wenn die Löhne um 10 Proz. gesenkt werden, gerade noch ihr Leben fristen zu können und die immer „nackleidenden Berliner Fleischmeister“ wollen den jungen Fleischergesellen, den sie drei Jahre als Lehrling ausgenutzt haben, nur mit vier Mark pro Woche niedriger entlohnen. Der „meistertreue Hirschdundersche gelbe Fleischergesellenbund“ hat seine Mithilfe schon zugesagt. Auch die Herren vom Haselhof beten den Spruch der Großindustriellen nach, daß nur über den Lohnabbau eine Preisentkung möglich ist, auch sie haben den Dreh begriffen, daß bei diesen Dingen ein schönes Geschäftchen

zu machen ist. Sie sind strupeellos, diese Geschäft-

haber. Wie liegen denn die Dinge: Allein durch die Notverordnungen hat sich der Wochenlohn eines ledigen Fleischergesellen bis 2,02 Mk. verringert, ohne daß hierbei die Senkung des Reallohnes, hervorgerufen durch Erhöhung der Werttarife, der Wohnungsmieten und Steigerung der übrigen Lebenshaltungskosten in Betracht gezogen ist. Auf der anderen Seite hat aber sicher kein Konsument etwas davon gemerkt, als die Lebendviehpreise (Schweine) vom Februar 1930 von 80 Pf. pro Pfund Lebendgewicht bis Juni 1930 ständig bis auf 56 Pf. pro Pfund heruntergingen, ob die Kleinhandelspreise für Fleisch und Wurstwaren fielen. Diese Tatsachen werden auch die Unternehmer nicht hinwegleugnen können. Und weil dem so ist, haben alle Unternehmer, die mit Fleisch- und Wurstwaren Geschäfte machen, gar keine Ursache, die Lohnabbau-Psychose mitzumachen. Hier wird noch verdient. Die Fleischergesellen und Darmarbeiter denken jedenfalls nicht daran, sich einen Lohnabbau gefallen zu lassen. Sie rechnen mit der Solidarität der Konsumenten und werden den so dringend notwendigen Lohnaufbau zu erkämpfen wissen.

Verbot der Aufzuckerung von Obstmosten

Durch Erlass des Finanzministeriums ist die Aufzuckerung von Obstmosten zu Brennweizen verboten worden. Damit soll nicht nur eine eingerissene Praxis beseitigt werden, die mit dem Branntweinsteuergesetz nicht in Einklang gebracht werden kann, sondern es wird eine Verbesserung der Qualitäten der Obstbranntweine eintreten. Wie nicht anders zu erwarten ist, protestieren die von diesem Erlass betroffenen Brennereien. Sie wollen eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes herbeiführen. Ob ihr Vorgehen von Erfolg gekrönt sein wird, das wagen wir zu bezweifeln.

Neuer Tarifvertrag für Weinhandel und Branntweimbrennerei in Wiesbaden

Der Verein der Weinhändler und Branntweimbrenner Mittelbadens, vertreten durch den Syndikus Dr. Link in Karlsruhe, hatte zum 1. September den Tarifvertrag nebst Lohnabkommen gekündigt. Zugleich wurde diktatorisch ein Lohnabbau von 8 Pf. in der Stunde verfügt. Neben andern Verschlechterungen wurde ein Ansturm gegen die Bezahlung der Wochenfeiertage unternommen. Die Arbeiter sollen vorweg auf diese Position verzichten, andernfalls seien Verhandlungen zwecklos. Da dies nicht geschah, erklärte der Syndikus die Verhandlungen für gescheitert.

Die Arbeiter verlangten aber Verbesserungen und unterbreiteten den Streitfall dem Schlichtungsausschuß. Er entschied dahin, daß der Verein der Weinhändler und Branntweimbrenner gehalten ist, erst einmal mit der Arbeitnehmerorganisation zu verhandeln, was er dann auch schweren Herzens tat. In der Lohnfrage konnte eine Einigung nicht erzielt werden, weil nach Meinung der Unternehmer nur ein Lohnabbau sie vor dem Untergang retten kann. Wie dadurch der Abschluß des Weinhändlerverbandes überlassen. Der Schlichtungsausschuß hatte daher über die Löhne einen Schiedsspruch zu fällen, der dahin ging, daß der Spitzenlohn um 2 Pf. in der Stunde erhöht wird, unter Fortfall der Feiertagsbezahlung. Ein Ausgleich ist diese Regelung nicht, aber der Unternehmerplan wurde durchkreuzt. Der Schiedsspruch wurde von den Parteien angenommen. Alle zu unrecht gefürzten Löhne müssen vom 1. September an bezahlt werden. Wir erjuchen die Kollegen, strenge auf die Einhaltung des Tarifes zu sehen und bei Unregelmäßigkeiten sofort der Verbandsleitung Mitteilung zu machen.

Mehl- und Brotpreise am 1. Oktober

Die Stützungsaktion der Regierung ist kläglich zusammengebrochen. Von der Landwirtschaft wurden den Aufkaufsstellen derart hohe Angebote gemacht, daß an manchen Tagen 50 000 bis 60 000 Tonnen aufgenommen werden mußten. Die bis Ende September zur Ablieferung gekommenen Mengen sollen etwa 700 000 Tonnen ausmachen. Während in früheren Jahren bis zu diesem Zeitpunkt etwa 250 000 Tonnen angeliefert wurden. Die Regierung war nicht mehr in der Lage, ihre Stützungsaktion aufrechterhalten zu können, und in kurzer Zeit trat ein starker Preissturz für Roggen und Roggenmehl ein.

Am 1. September betrug der Durchschnittspreis für einen Doppelzentner Roggenmehl 29,60 Mk. gegen 28,72 am 1. Oktober.

Trotz dieses Preisrückganges mußten wir feststellen, daß der Preis für ein Kilo Roggenbrot in der Vergleichszeit mit 40,6 Pf. gleichgeblieben ist. Diese Tatsache beweist, daß das Bäckergewerbe keineswegs bereit ist, die Festsetzung der Brot- und Backwarenpreise der Preislenkung von Mehl anzupassen. Die Folge davon ist wiederum, daß in der Berichtsperiode das Bäckergewerbe bei der Roggenbrotherstellung einen größeren Reingewinn einstreichen konnte. Aus der nachstehenden Tabelle ist zu ersehen, daß überall dieses Verfahren vom Unternehmertum angewendet wurde.

Ort	Preis für		Preis für		Gewicht des Weizenbrötchens g
	1 dz Roggenmehl	1 kg Roggenbrot	1 dz Weizenmehl	ein Weizenbrötchen gemittelt	
	RM.	Pf.	RM.	Pf.	
Königsberg i. Pr.	27,—	38	43,—	2,5	40
Poeslau	24,75	32	33,75	5	80
Görlitz	24,75	30	33,75	2,5	45
Gleiwitz	27,—	36	46,—	5	65
Ratibor	26,—	40	35,50	5	65
Berlin	29,50	40	38,75	3	32
Hamburg	30,75	1) 37	38,50	2,5	32-35
Bremen	30,50	46	45,50	2,5	31
Magdeburg	26,—	34	40,50	5	55
Halle a. d. S.	27,50	1) 34	45,—	3	39
Cheumnitz	29,—	37	42,—	4	40
Erfurt	27,50	34	45,—	3	35
München	29,—	46	42,—	4	42
Nürnberg	29,75	46	42,75	4	40
Landshut	32,—	50	44,—	3	37
Büdingen	29,50	1) 40	44,75	5	60
Stuttgart	30,25	40	42,25	4	35-40
Mannheim	28,25	1) 42	40,50	4	40
Freiburg	39,50	1) 50	42,50	4	35
Frankfurt a. M.	25,75	1) 46	40,—	4	35-40
Kassel	25,—	32,5	46,—	3	35
Düsseldorf	29,—	1) 44	45,—	2,5	30-35
Köln	29,—	1) 46	38,—	3	35
Aachen	30,—	45	42,—	3	32-34
Krefeld	28,—	1) 43	43,—	3	35
Elberfeld	31,50	44	42,75	3	40-45
Essen-Ruhr	32,—	1) 44	43,—	2,5	58
Bielefeld	27,—	40	38,—	2,5	32
Dortmund	27,50	44	43,—	2,5	32
	Ob.	Obpf.	Ob.	Obpf.	
Danzig	18,50	35	34,—	4	42

1) Mischbrot, 2) Durchschnittspreis, 3) Brotmehl, 4) Schwarzbrot, 5) Weizenbrotmehl, 6) Bäckerbrot.

gabe wäre, die Kalkulationsgrundlage, auf der die Preise der Fertigwaren zustande kommen, einer Beleuchtung zu unterziehen, da sie fast unergründlich ist. Die allgemein übliche Praxis der Geschäftskosten, der überseht Verwaltungsapparat, verteuert die Fertigprodukte unerhört. Wo aber werden gar noch die Rationalisierungsgewinne berücksichtigt? Die von der Industrie infolge der Rationalisierung abgestoßenen Kräfte müssen vom Staat erhalten werden und die freigewordenen Kapitalien stehen den Betrieben zur eigenen Verfügung.

Wenn schon die Wirtschaft belebt werden soll, dann in erster Linie von den Kreisen, die dazu stark genug sind. Die unerhörte Kapitalzusammenballung in der Industrie rekrutiert sich aus ihren Gewinnen. Die Regierung Brüning-Stegerwald geht aber an diesen Tatsachen blindäugig vorüber und verlangt von den am meisten benachteiligten Staatsbürgern, den Arbeitern, Maßnahmen zur Sanierung der Wirtschaft.

Heute wie immer ist der Arbeiter derjenige Teil, der geschröpft wird, des Vaterlandes „treuester Sohn“. Die Regierung ist der Lakai der Schwerindustrie. Der Weg von Deynhausen bis Berlin ist für sie eine Glanzleistung im Interesse ihrer schwerindustriellen Auftraggeber!

Verwendung von Betonfässern

Die in der Zeitschrift „Der Deutsche Weinbau“ veröffentlichte Propagandarbeit für Betonfässer von Landwirtschaftsrat Klingner in Neustadt a. d. S. hat endlich auch in den Unternehmerräumen des Küfergewerbes Entrüstung hervorgerufen. Nun erwidert die „Mitteldeutsche Küfer-Zeitung“, daß verschiedene

Besuche regelmäßig die Versammlungen

Um 18. Oktober ist der 43. Wochenbeitrag fällig.

führende Firmen des Weinfaches Einsendungen machten, die ganz entschieden gegen die Ansicht des Landwirtschaftsrat Klingner auftreten. Nach Ansicht dieser Fachleute steht fest, und die Praxis habe es erwiesen, daß der Wein in einem Zementfaß niemals ausgebaut und zur Flaschenreife gebracht werden kann. In den Sekellereien haben sich wohl in größeren Auslandsbetrieben die Zementfässer schon vor längerer Zeit eingebürgert. Sie dienen aber auch dort ausschließlich als Cuvéfässer (Mischfässer), niemals aber werden sie zum Ausbau der Weine verwendet. Es dürften kaum Fälle in der Praxis bekannt sein, daß mittlere, geschweige Qualitätsweine in Zementfässern gelagert werden können. Für diese Weine bleibt ausschließlich das gute und altbewährte Eichenholzfäß zur Behandlung vorbehalten. Die Bezeichnung „Zementfaß“ ist überhaupt eine irrig; denn unter Faß versteht man von alters her einen aus Eichenholz oder sonstigem Holz hergestellten runden oder ovalen Behälter für Flüssigkeiten. Anlagen aus Zement sollten richtigerweise als Zisterne, Behälter, oder wenn man sich eines Fremdwortes bedienen will, als Reservoir bezeichnet werden.

Beim Ausbau des Weines ist vor allem notwendig, daß er eine gewisse Luftzufuhr bekommt. Das Eichenholz mit seinen feinen Poren ist das einzige geeignete Material, das diesen Bedingungen entspricht. In Zementfässern eingelagerte Weine sind von der Luft vollkommen abgeschnitten, so daß sich der Wein darin nicht ausbauen kann.

Es wird in dem Klingner'schen Artikel auf die mangelhaften Fässer der ausländischen Faßfabriken hingewiesen, die meistens aus grüngerfärbtem Holz, das teilweise aus deutschen Wäldern stamme, hergestellt werden. Das ist kein Geheimnis, denn wir wissen, während der langen Befahrungszeit im westlichen Deutschland wurden von den Befahrungstruppen riesige Flächen Eichenwälder abgeholzt und die Stämme zu lächerlich billigen Preisen nach Frankreich ausgeführt. Das daraus erzeugte Faßholz wurde anscheinend im viel zu frischen Zustand verarbeitet und die daraus erstellten Fässer dürften nur eine kurze Lebensdauer aufweisen. Westdeutsche Weinfirmen machten sich das billige Angebot von Weinfässern aus Frankreich zunutze und kauften, was ihnen möglich war, auf. So wurden viel französische Fässer in die Pfalz eingeführt, nur deswegen, weil sie spottbillig abgesetzt werden konnten. Wenn also heute über die schlechte Faßqualität Klage geführt wird, so trifft das nur auf die französische Schleuderware zu. Mit Recht bemerkt die „Küfer-Zeitung“: „Ganz energisch aber müssen sich die Faßwerkstätten gegen den Vorwurf wahren, daß auch deutsche Weinfässer nicht mehr die Haltbarkeit wie früher aufwiesen.“

Diese berechtigten Abwehrmaßnahmen werden wohl alle jene, die in unverständlicher Weise für Betonbehälter in der Weinwirtschaft Reklame machen, zur Vernunft bringen. Denn letzten Endes spielt auch die Qualitätsfrage eine große Rolle beim Konsum dieses Getränkes.

Die Industrie schmunzelt

Der Deutsche Industrie- und Handelstag nahm in seiner Hauptausschusssitzung am 9. Oktober zum Programm der Regierung Stellung und brachte sie in einer Entschliebung zum Ausdruck.

Wir wollen uns ersparen, die Entschliebung zu bringen, sondern lediglich darauf hinweisen, daß die Tagung erklärte, der Wirtschafts- und Finanzplan der Regierung umfasse nicht die „Gesamtheit der volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten“, trotzdem werden die Maßnahmen begrüßt. Mit dem Ausdruck „Gesamtheit der volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten“ will die Industrie sagen, daß es noch weit mehr Notwendigkeiten gibt, die durch die Regierung nicht berücksichtigt wurden. Aber trotz der Unbescheidenheit ist sie auch so zufrieden; denn es heißt in der Entschliebung: „In richtiger Erkenntnis der Zusammenhänge will der Plan die Gesehungskosten in der deutschen Volkswirtschaft senken, die öffentliche Wirtschaft durch Sparsamkeit in Ordnung bringen, damit dem Anwachsen der produktionsbelastenden öffentlichen Ausgaben ein Ende setzen und so Vertrauen im In- und Ausland als unerläßliche Grundlage wieder ansteigender Wirtschaftsentwicklung schaffen.“ Hier wird also der Plan der Regierung seitens der Industrie ausdrücklich anerkannt und, soweit die berühmten Abbaumaßnahmen in Frage kommen, gutgeheißen. Wenn nun schon die Industrie, die sich durch besondere scharfmacherische Einstellungen bisher auszeichnete, den Regierungsentwurf für richtig befindet, dann ist er bestimmt reaktionär.

Die Maßnahmen der Regierung gegen die Arbeiterschaft und die Opfer, die von ihr verlangt werden, bezeichnet der Industrie- und Handelstag nicht als Opfer, „die von einem dem anderen Berufsstand gebracht werden sollen“, sondern „Anpassung an die innenwirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Erfordernisse“. Wer es also noch nicht wissen sollte, die Arbeiter sollen nicht opfern, auch nicht geopfert werden, sondern sich nur „anpassen“. Ausgerechnet die Kreise, die bisher der Notlage entsprechend so wenig Anpassungsvermögen bewiesen haben, machen sich an, gute Winke zu geben. Es braucht nur an die Kartell- und Monopolpreise, die wahnsinnig hohen Gehälter der Industriemagnaten und „unproduktiven“ Kosten erinnert zu werden, dann weiß jeder, wo das Anpassungsvermögen fehlt. Diese Feststellung des Industrie- und Handelstages ist eine unerhörte Provokation für die Arbeiterschaft und ein nicht mißzuführendes Kompliment für die Regierung. Das Lob der besitzenden und herrschenden Klasse in Deutschland!

Seid einiger denn je!

In noch nie erreichter Weise versuchen die Unternehmer die Errungenschaften der Arbeiterschaft zu vernichten. Der Ausfall der Reichstagswahlen wird ihnen noch mehr Impuls verleihen; denn sie haben die Nazis, die als Soldnertruppe des Kapitals und als Streikbrecher jederzeit bereit sind, der Arbeiterschaft in den Rücken zu fallen, groß gezogen.

Die Arbeiterschaft hat unendlich viel zu verlieren. Der organisierte Ansturm der Unternehmer kann nur abgewiesen werden durch organisierten Widerstand der gesamten Arbeiterschaft ohne Unterschied der Partei und Religion.

Denkt an die Verschlechterung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Denkt an die Ledigen- und Kopfststeuer, die die Nazis in Thüringen bereits eingeführt haben. Die Unternehmer rufen im Chor: Hinweg mit der Sozialpolitik. Auf dem Rücken der arbeitenden Klasse soll die Wirtschaft gesunden Reichtum verpflichten. Diesen Satz beantworten die Unternehmer mit folgendem Ausspruch: Das sind abgedroschene Redensarten. Kein Volk ist damit groß geworden. In verschärfter Form soll die Lohnklauserei, Not und Elend in der Arbeiterschaft Platz greifen. Die Profitgier darf keine Einbuße erleiden. Die morsche, kapitalistische Wirtschaft soll durch Niederhaltung des Lohnniveaus und durch Beseitigung aller sozialpolitischen Errungenschaften künstlich erhalten bleiben. In dem Kampf kann es für uns kein Zurück geben, es darf kein Stillstand eintreten. Wir sind die Stärkeren, weil wir die Mehrheit des Volkes bilden. Unsere Gegner sind in der Minderheit. Dies ist unsere Macht. Sie ist aber wertlos, wenn nicht ein organisierter Wille vorhanden ist. Dieser Wille kommt zum Ausdruck in dem organisierten Zusammenschluß in den freien Gewerkschaften. Für uns heißt es: Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband.

Er hat uns den Achtstundentag gebracht. Er hat die Nacht- und Sonntagsarbeit in Bäckereien und Konditoreien beseitigt. Er hat uns einen gesetzlichen und tariflichen Anspruch auf einen bestimmten Mindestlohn gebracht und nicht mehr den Unternehmern überlassen zu zahlen, wie es ihnen beliebt. Kennt ihr, Kolleginnen, noch die Arbeitszeit und die

Von Oeynhausen bis Berlin

Das Unternehmertum hat von jeher darin seine Hauptaufgabe erblickt, die Löhne der Arbeiterschaft möglichst niedrig und den Stand der Arbeitslosigkeit, die „Reservearmee“, möglichst hochzuhalten. Die Hoffnung, daß durch die Zunahme der Arbeitslosigkeit die Löhne von selbst durch die Schmuckkonkurrenz der Arbeiterschaft unterboten würden, sind dank der Disziplin der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter zunichte gemacht. Der Arbeitslohn hat selbst zu stark empfinden, daß er ein Opfer der privatkapitalistischen Wirtschaft ist.

Was die Unternehmer nicht selbst vollbrachten, die Löhne abzubauen, vollendet nunmehr die Regierung Brüning. Die Metallarbeiter waren die ersten, denen mittels eines staatlichen Eingriffes, denn anders läßt sich das Vorgehen der Regierung nicht bezeichnen, die Löhne abgebaut wurden. Der Schiedsspruch von Deynhausen senkte die Löhne um 7 1/2 Proz. und der eingeleitete Sonderschlittler im Berliner Metallkonflikt um 8 Proz. Die Regierung will damit die Gesehungskosten der Industrie senken und allen Reaktionsären ein nachahmenswertes Beispiel geben. In der augenblicklich hochpolitischen Situation wirft die Regierung die Brandfackel unter die Arbeiterschaft als Anwalt der Kapitalisten.

Es steht außer jedem Zweifel, die Wirtschaftslage Deutschlands ist trostlos. Sie soll auf Kosten der Arbeiter intakt gebracht werden. Um 8 Proz. soll der Arbeiter billiger arbeiten, den Hungerriemen muß er enger schnallen. Der Lohnabbauangriff der Regierung ist nicht nur eine Notmaßnahme, wie man entschuldigend behauptet, sondern eine Vergewaltigung der Arbeiterschaft. Selbst wenn die These richtig wäre, daß sich die Produktion um 8 Proz. verbilligen lasse, dann geht diese Verbilligung auf Kosten der Arbeiter, denn der Unternehmer büßt nichts von seinem Verdienst ein.

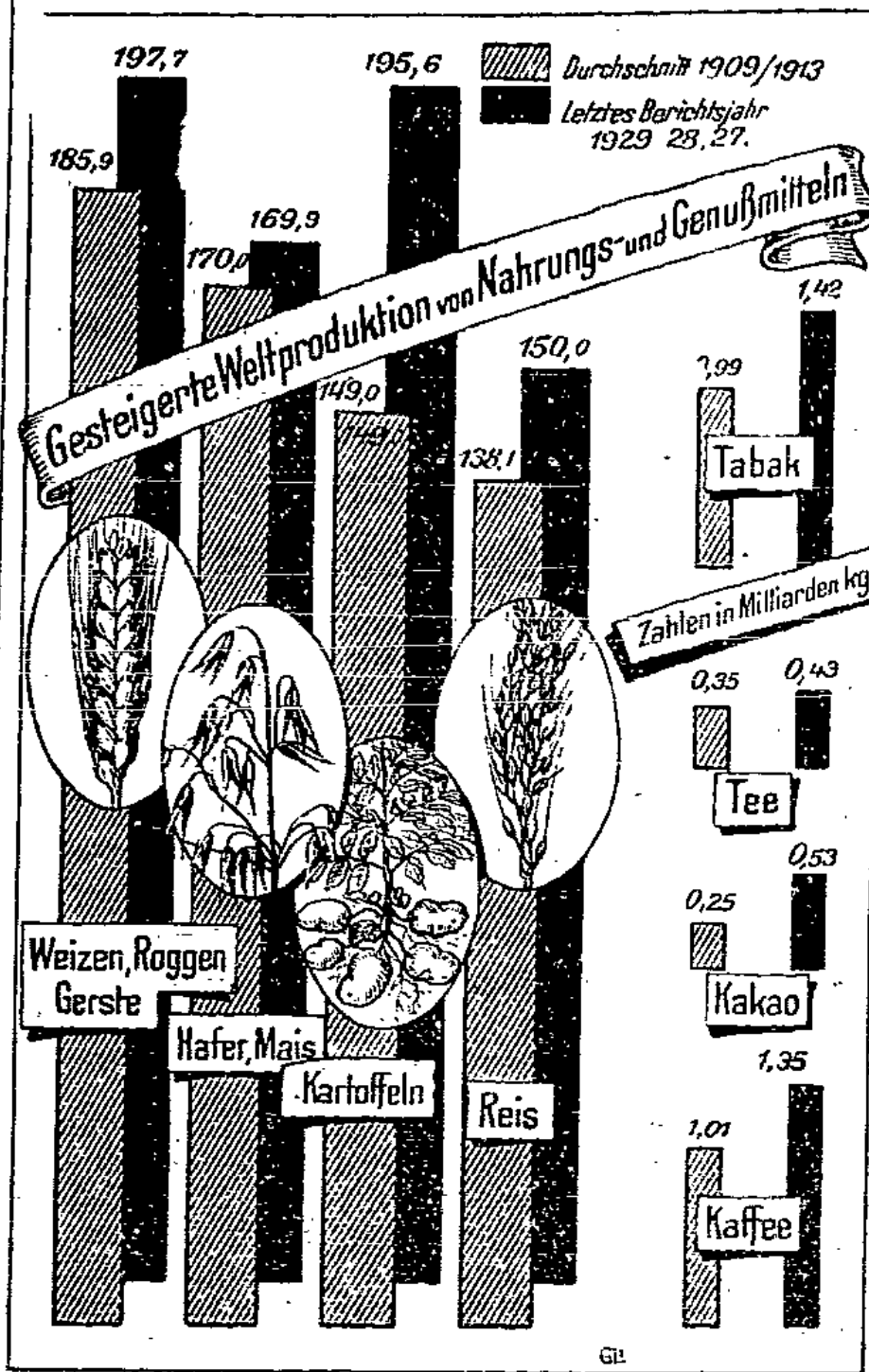
Wenn die Regierung auch nur einen blaffen Schimmer von Gerechtigkeitsgefühl hätte, dann müßte sie jetzt einen Eingriff zum Abbau der Produktionskosten von 16 Proz. vornehmen, dann wären beide Teile, der Arbeiter und Unternehmer, gleich an der Produktionskostenverminderung beteiligt. Aber auch diese Maßnahme wäre noch nicht ausgleichend. Bei den Lohnbewegungen haben die Unternehmer noch immer verstanden, aus einer geringprozentigen Lohn-erhöhung einen Sonderaufschlag für ihre Produkte herauszuschlagen. Diese Unternehmerrpraxis ließe sich durch unzählige Beispiele belegen.

Es wäre Aufgabe der Regierung, für die wichtigsten Schlüsselindustrien diesen Preisaufschlag nachzuprüfen und dann entsprechend einen Preisabbau vorzunehmen. Eine weitere, nicht unwesentliche Auf-

Löhne wie sie vor dem Kriege bestanden, als es noch keinen Tarif für die Süßwarenindustrie gab? In Berlin bei 60 Stunden Arbeitszeit 6 bis 10 Mk. Wochenlohn. Denkt an die willkürlichen Entlassungen und schlechte Behandlung durch die Beauftragten der Unternehmer. Heute sorgt der Betriebsrat, der durch die Gewerkschaften erst gesetzliche Funktionen erhalten hat, dafür, daß die Behandlung der Arbeiterschaft eine anständige ist, daß der einzelne Arbeiter vor willkürlichen Entlassungen geschützt ist, daß die tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden und der richtige Akkordlohn gezahlt wird, daß für den Unfallschutz der Betriebsrat mit den Aufsichtsbehörden mitwirken kann und muß. Dieses Mitbestimmungsrecht haben die Gewerkschaften gegen den Willen der Unternehmer für die Arbeiterschaft gesetzlich verankern können. Die Unternehmer wollen beseitigen was nur möglich ist. Sie haben mit den bürgerlichen Parteien zusammen den Anfang gemacht. Das genügt ihnen nicht. Wenn wir nichts verlieren, sondern nur gewinnen wollen, dann müssen wir geschlossen und einig jeder in seiner Gewerkschaft den Kampf um das Dasein führen.

Die Steigerung der Weltproduktion

Unter den Ursachen der Weltwirtschaftskrise steht neben weitgehender Absatzstörung eine teilweise erhebliche Steigerung der Weltproduktion. Diese Ueberproduktion umfaßt die meisten Produkte des Weltmarktes, vor allem auch viele Nahrungs- und Genußmittel. Die Gütererzeugung der Welt hat infolge hochgesteigerten technischen Fortschrittes stärker zugenommen als die Aufnahmefähigkeit der Absatzmärkte. Die Kaufkraft der verarmten Völker hat seit Kriegsende nicht Schritt gehalten mit der starken Entlastung der Produktion.



Wozu haben wir den Verband?

In der heutigen Zeit des Hochkapitalismus, in der die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit wie nie zuvor auseinanderprallen, in der Millionen von Menschen schuldlos hungern und darben müssen und unwillkürlich von den Besitzern der Produktionsmittel brotlos gemacht werden, taucht immer wieder die Frage auf: Wozu haben wir die Gewerkschaften, wenn sie doch nicht in der Lage sind, die himmelschreienden Ungerechtigkeiten abzuändern? Dieser Notgeschrei, hervorgerufen durch lange Arbeitslosigkeit, geboren aus der Mißmutigkeit, die jeden befällt, der arbeiten will, der sich als Werte schaffender Mensch betätigen will, aber durch die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung daran gehindert wird, dieser Notgeschrei ist menschlich verständlich, hat aber nichts Kämpferisches an sich und zeugt von wenig Erkenntnis der Dinge, die sich im Wirtschaftsleben abspielen. Gerade in Zeiten, wie die jetzigen, mußte jedem klar denkenden Menschen die Notwendigkeit, sich gewerkschaftlich zu organisieren ganz besonders einleuchten.

Allein sind wir nichts, geschlossen alles! Die Macht des Proletariats ist seine zahlenmäßige Stärke und seine gewerkschaftliche Organisation. Wenn dies jeder Arbeiter und jede Arbeiterin begriffen haben und danach handelt, dann ist der Tag nicht mehr fern, an dem wir von der Knechtschaft befreit sind.

Die Unternehmer züchten Gegenorganisationen, um uns zu zersplittern. Sie säen dadurch Uneinigkeit in unsere Reihen und freuen sich, wenn wir uns bekämpfen, statt einig den Gegner zu schlagen. Nur Einigkeit bringt uns den Sieg, und je eher wir einig werden, und alle denkenden Arbeiter sich in der Gewerkschaft organisieren, desto eher werden wir als Gleichberechtigte im Volk an der Erregung der Kultur teilnehmen können und nicht zusehen brauchen, wie wenige nur als Nutznießer unserer Arbeit ein Drohnendasein führen.

Es kann kein Ueberlegen mehr geben. Jeder muß endlich klar sehen lernen.

Kolleginnen und Kollegen! Geht in das Verbandsbureau oder zu eurem Werkstatfunktionär und zeigt durch euren Beitritt zum Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, daß ihr willens seid, in unseren Reihen mitzukämpfen, einig und geschlossen für uns und unsere Kinder, für eine bessere Zukunft der Arbeiterklasse.

Der soeben beendete Verbandstag hat neue Waffen geschmiedet zu unseren wirtschaftlichen Kämpfen. An uns liegt es, ob wir den Ansturm der Unternehmer abwehren und zu neuem Aufstieg der Arbeiterklasse alle Kräfte in die Kampffront werfen. Der zähe und organisierte Wille bringt uns den Sieg!

R. C., Berlin.

Wie unsere Bildstatistik zeigt, ist die Erzeugung agrarischer Produkte gegenüber der Vorkriegszeit erheblich gesteigert worden. Die Erzeuger haben hier den Bedarf richtig eingeschätzt — aber den Schwund an Kaufkraft bei den durch Massenarbeitslosigkeit und andere Krisen betroffenen großen Volksschichten nicht hinreichend berücksichtigt. Die wachsende Technisierung, die Verfeinerung des maschinellen Apparats, hat zwar ein erhöhtes Angebot von Gütern gebracht, infolge der Kaufkraftminderung der durch die Maschine verdrängten Arbeitnehmer aber gleichzeitig eine verringerte Nachfrage. Auch hier bedarf die wichtige Frage der Aufstellung der Weltproduktion dringend einer internationalen Lösung.

Wir leben in Notzeiten. Wirtschaftskrisen sind in allen Ländern der Welt. Notzeiten haben schon immer aufrüttelnd gewirkt. Sturmzeichen machten sich bemerkbar. Unter solchen Umständen ist es grundverkehrt, fatalistisch zu werden, den Kopf hängen zu lassen und auf den Verband zu schimpfen, der allein inmitten der hochkapitalistischen Brandung als fester Fels, als Zufluchtsort aller Unterdrückten und Ausgebeuteten dasteht.

Was wäre aus der Arbeiterschaft geworden, wenn nicht Jahrzehnte vor dem Kriege beherzte Männer die Kraft der Arbeiterschaft gewerkschaftlich zusammengeballt und Arbeitszeit, Entlohnung und Behandlung in Verträgen festgelegt hätten? Es ist noch nicht so lange her, wo der Fleischergehilfe vom frühen Morgen bis in die späte Nacht in Kellerlöchern dem Fleischermeister den Profit erkauften mußte. Wo der Geselle, wenn er sich eine Lebensgefährtin nahm, entlassen wurde, wo er in Massenquartieren „wohnen“ mußte, die nur als Bennen anzusprechen waren, wo Sonntags um 10 Uhr abends der Meister das Haus abschloß und kein Geselle einen Hausschlüssel bekam. Als Sklave wurde jeder behandelt. Der Verband räumte damit gründlich auf, so daß uns heute die damaligen Verhältnisse fast märchenhaft erscheinen. Wir vergessen zu schnell! Die Kämpfe, die vor dem Kriege geführt wurden, waren nicht weniger hartnäckig wie heute, ja sie waren viel schärfer, viel gefährlicher für den einzelnen. Nicht nur die Arbeitgeber bekämpften uns, auch der Staat setzte damals genau so wie heute seine Machtmittel ein, um die aufstrebende Arbeiterschaft niederzuhalten.

Heute, wo Millionen von Menschen die Auswirkung der fruchtbringenden Arbeit der Gewerkschaften genießen, sollte es keinen Arbeiter mehr geben, der den kulturellen Wert und die Notwendigkeit der Gewerkschaften nicht einsieht. Die Unternehmer laufen geschlossen gegen die Erregung der Gewerkschaften Sturm. Sie wollen Lohnabbau und Verschlechterung sozialpolitischer Gesetze und die Existenz der Arbeiterschaft vernichten und wieder mit Zuckerbrot und Peitsche regieren. Darum muß sich die gesamte Arbeiterschaft zum gemeinsamen Abwehrkampf in den Gewerkschaften zusammenschließen, um zum erfolgreichen Gegenangriff vorgehen zu können. Und ganz

Werdegang der Schokoladenfabriken Gebr. Stollwerck

Durch die Uebernahme der deutschen Schokoladenfabriken vom Schlichtkonzern ist das alte Kölner Unternehmen zum größten deutschen Betriebe angewachsen. Es ist daher von Interesse, auch einiges über den Entwicklungszug dieses Unternehmens zu erfahren. Wir geben gern dieser uns zugegangenen Einsendung Raum:

„Das Gute bricht sich Bahn!“ Ein altes Sprichwort, dessen Wahrheit sich stets aufs neue erweist. So manches Werk, auf reeller Basis betrieben, hat sich aus kleinen Anfängen zu hervorragender Bedeutung emporgeschwungen. Auf die Leistungsfähigkeit kommt es heutzutage an, und wer bestrebt ist, etwas „Gutes“ zu schaffen, der wird sich durchringen zu Ansehen und Anerkennung in der ganzen Welt, und wenn's auch bis dahin manchen Schweißtropfen kosten wird, denn das Gute bricht sich immer Bahn.

Ein treffendes Beispiel des hier Gesagten liefert uns die heute so bedeutende Schokoladenfirma Gebr. Stollwerck A.-G. in Köln, die vor langer Zeit aus bescheidenen Verhältnissen hervorgegangen ist.

Der Vater der Gebrüder Stollwerck, Franz Stollwerck, Gründer der kölnischen Schokoladenfabrik, hatte scheinbar gar nicht die Absicht, sich der Schokoladenbranche zu widmen, denn er baute im Jahre 1849 in der Schildergasse zu Köln ein großes Restaurant mit Festsaal, in dem Theateraufführungen und Varieténummern aufgeführt und Konzerte abgehalten wurden. (Das spätere Thalia-Theater ist aus diesem Saale entstanden.) Auch „Die Königshalle“, ein Sommertheater, war eine Gründung von ihm.

Franz Stollwerck bewirtschaftete eine Zeitlang dieses Etablissement selbst. Er fabrizierte nebenbei noch eine besondere Sorte Bonbons gegen den Husten. Diese Karamellen waren ihrer guten Wirkung wegen sehr beliebt und wurden auch auf der Pariser Ausstellung, die in jenen Jahren stattfand, mit einem Preise ausgezeichnet. Diese Brustbonbons mit den aufgedruckten französischen Ausstellungsmedaillen (Kopf Napoleons III.) sind auch heute noch im Handel.

Nachher übertrug Stollwerck sein Wirtschafts- und Theaterunternehmen anderen Fachleuten und erweiterte seine Bonbonfabrik dergestalt, daß sich in dieser auch die Herstellung von Schokolade ermöglichen ließ.

Die Fabrik wurde mit neuzeitlichen Kraft- und Arbeitsmaschinen ausgerüstet, und die hier produzierte Ware konnte es mit jeder Konkurrenz aufnehmen. Hier begann die industrielle Entwicklung des Unternehmens, und sie schritt dermaßen fort, daß schon nach drei Jahren (Anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts) von den Söhnen des Gründers eine weitere Fabrik im südlichen Stadtteile, in der Nähe des Rheines errichtet werden konnte. Sechs Jahre lang arbeiteten die beiden Firmen Franz Stollwerck und Gebrüder Stollwerck Hand in Hand, bis durch den Tod des Seniorchefs die Firma Franz Stollwerck erlosch und die Söhne Fabrik und Geschäftsräume an der Hohen Straße übernahmen.

In unermüdlicher Tatkraft schritten nunmehr die fünf Inhaber der Firma Gebr. Stollwerck auf den als richtig erkannten Bahnen vorwärts. Deutlich zeigt sich die Umwandlung zum Großbetrieb in der Abjaggestaltung, bei der das Stollwerck'sche Unternehmen ganz neue, eigene Wege ging, z. B. durch den Vertrieb der Waren durch Automaten; ferner

durch die Ausnutzung der Reklame als schaffende Kraft.

Die Gebr. Stollwerck waren Vorkämpfer in dem Ringen gegen die ausländische, besonders französische Konkurrenz, und das Aufblühen der Firma zu einem Weltgeschäft, das im engsten Zusammenhang mit dem nur langsam und mühevoll erkämpften Uebergewicht der deutschen Produktion steht, darf wohl als ein industrieller Sieg von nationaler Bedeutung angesehen werden.

Zur Erreichung eines größeren Absatzes deutscher Fabrikate im Ausland wurde eine „Ausfuhrfabrik“ errichtet, d. h. eine Fabrik, in der, unter Erlaß des Zolls und der Steuer für die Hauptrohstoffe, bei ständiger zollamtlicher Aufsicht, lediglich zum Export bestimmte Erzeugnisse hergestellt werden.

Zur Organisation des Vertriebs nach den hauptsächlichsten ausländischen Absatzgebieten wurden in Wien, Amsterdam, Brüssel, London, New York und Chicago Zweiggeschäfte errichtet. Auch Zweigfabriken gründete die Firma im Auslande, und zwar 1895 in Preßburg und 1912/13 in Wien zur Belieferung Desterreich-Ungarns und des Orients. Im Jahre 1901 entstand eine neue Fabrik in New York und 1907 in Stamford für die Vereinigten Staaten von Nordamerika und 1903 in London für Großbritannien und Irland. Zur Entlastung der Kölner Fabrik war 1901 eine Zweigfabrik in Berlin errichtet worden.

Am 18. Juli 1902 wurde die Firma Gebr. Stollwerck in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.

Den glänzenden Erfolgen, die die Leiter des Wertes durch eiserne Energie und weit ausschauende industrielle Politik erreicht haben, hat die gesamte

speziell mühte das von den Fleischergefellten und in den Nebenberufen Beschäftigten geschehen.

Die Fleischermeister waren schon immer konservativ. Nur durch den Verband konnten sie vorwärtsgetrieben werden. Und ganz besonders die Berliner Fleischermeister haben sich lange gegen Abschlüsse von Tarifverträgen mit der „roten“ Gesellenorganisation gestraut. Sie, die einstmal das Recht hatten, bei feierlichen Fürstenempfangen mit Angststöhre Bratenrock geschmückt an der Spitze reiten zu dürfen, können es immer noch nicht verschmerzen, daß heute dieser Mummenschanz vorbei ist, daß sich heute die Fleischergefellten nicht mehr zu Paradezwecken auf ihren Meistertragungen mißbrauchen lassen, daß die Gefellen als gleichberechtigte Staatsbürger anerkannt sind. Zähneknirschend haben sie sich damit abfinden müssen, daß sich „ihre“ Gefellen und Verkäuferinnen im Verband organisiert haben. Von Zeit zu Zeit aber und so auch jetzt wieder, versuchen sie das Rad der Zeit zurückzudrehen. Wenn alle Unternehmer Lohnabbau verlangen, dürfen unsere Fleischermeister nicht fehlen. Vier Mark Lohnabbau pro Woche für den Gefellen im 1. Jahr nach der Lehre ist ihr Feldgeschrei.

Die organisierten Kollegen werden schon dafür sorgen, daß den Fleischermeistern die Abbaugelüste vergehen, sie werden durch ihren Verband auch diesen Angriff abzuwehren wissen. Sie wissen, wozu sie dem Verband haben, sie werden keine Fatalisten, sie werden weiter werben und dafür sorgen, daß auch der letzte Fleischergefelle den Wert des Verbandes erkennt. Sie wissen, daß Einigkeit stark macht, deshalb ihr Fleischergefellten, die ihr noch nicht im Verband seid, kommt zu uns, verstärkt die Reihen, nehmt teil an unseren Kämpfen. Unsere Parole lautet:

Einer für alle und alle für einen.

Richard Schulz, Berlin.

Ein Opfer des Nazisieges

Mezgermeister Karl Lamberk, Duisburg-Meiderich, beschäftigte seine Gehilfen 12 und 14 Stunden täglich, ohne ihnen irgendeine Vergütung für die Ueberstunden zu bezahlen. Ein Gefelle, der die Bezahlung für die Ueberarbeit verlangte, wurde kurzerhand entlassen. Darauf wurde die Klage beim Arbeitsgericht erhoben und Lamberk zur Bezahlung von 100 Mk. an den Gefellen für geleistete Ueberarbeit verurteilt. Dadurch ist dieser Unternehmer außer Rand und Band geraten. Hinzu kam dann weiter der Ausgang der Reichstagswahlen und heute scheint dieser Unternehmer, der inzwischen sein Geschäft aufgeben mußte und verzogen ist, unter schweren geistigen Störungen zu leiden. In seinem Wahne schreibt er von Zeit zu Zeit Postkarten an den Vater unseres Verbandsmitgliedes, an den er 100 Mk. Entschädigung für geleistete Ueberstunden zahlen mußte. Aus dem Inhalt dieser Zuschriften ist mit aller Deutlichkeit zu erkennen, daß der bedauernswerte Handwerksmeister geistig umnachtet und ihm der Nazisieg so in den Kopf gestiegen ist, daß er sich einbildet, er werde recht bald Kommandeur einer Abteilung der Arbeitsdienstpflichtigen.

Hoffentlich nimmt sich die Behörde recht bald seiner an und überweist ihn einer Kaltwasserheilanstalt.

deutsche einschlägige Industrie ihre großartige Entwicklung zu danken.

Der Weltkrieg hat dem Unternehmen großen Schaden zugefügt. Die Fabriken in London und Stamford wurden beschlagnahmt und versteigert, das große Werk in Preßburg wurde tschechisch und sein Absatzgebiet derart beschmitten, daß eine halbwegs lohnende Weiterführung unmöglich war und gesonderte Fabriken in Ungarn (Budapest) und Rumänien (Kronstadt) gegründet werden mußten. Auch die Fabrik in Wien wurde zunächst infolge des beschränkten Absatzgebietes stillgelegt.

In diesen schweren Jahren der Nachkriegszeit übernahm der jüngste der noch übriggebliebenen Brüder, Generalkonsul Karl Stollwerck, die Oberleitung sämtlicher Werke, und mit tatkräftiger Unterstützung zweier Neffen und vier Direktoren ist es ihm gelungen, das Unternehmen auszubauen und erfolgreich zu erweitern, so daß Ende vorigen Jahres die Unternehmungen der Stollwerck-Gruppe in den Fabriken zu Köln, Berlin, Wien, Preßburg, Budapest und Kronstadt eine Zahl von über 8500 Beschäftigten aufwies.

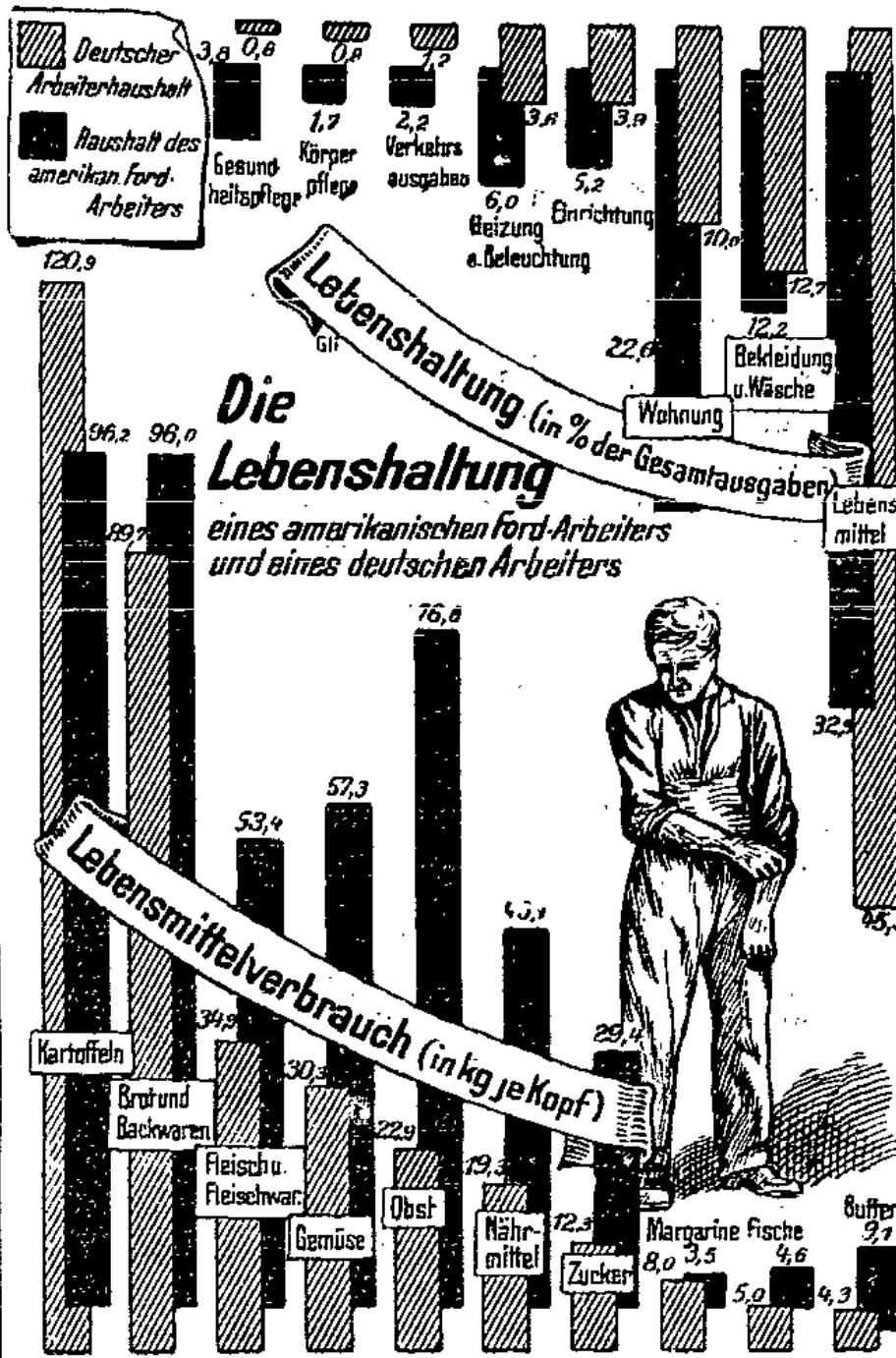
Die alten bewährten Herstellungsgrundsätze werden, dem Herkommen treu, weitergeführt, und so darf heute die Firma trotz der allgemein schwierigen Wirtschaftslage mit berechtigtem Stolz und mit Zuversicht die weitere Entwicklung der weitverzweigten Unternehmungen verfolgen.

Auch soll aller Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen gedacht werden, die in unermüdlichem Fleiße und in treuer Pflichterfüllung in hervorragender Weise zur Vergrößerung des Betriebes, des Ansehens und Reichtums beitrugen.

Carl Klönne, Köln a. Rh.

Lebenshaltung des Arbeiters

Eingehende Feststellungen des Internationalen Arbeitsamtes in Genf haben den erheblichen Unterschied zwischen der Lebenshaltung des Ford-Arbeiters in Detroit und der des deutschen Arbeiters ergeben. Die vom amerikanischen Arbeitsministerium ermittelten Unterlagen für die Lebenshaltung der Ford-Arbeiter in Detroit sollten als Basis für die Lohnberechnung in den europäischen Ford-Niederlassungen dienen. Ein interessanter Vergleich hierzu sind die vom Statistischen Reichsamt über die Lebenshaltung in deutschen Arbeiterhaushaltungen veröffentlichten Einzelheiten, die den gesunkenen Lebensstandard des deutschen Arbeiters erkennen lassen. Infolge seines geringeren Einkommens muß der deutsche Arbeiter



einen viel höheren Anteil seiner Ausgaben für Lebensmittel aufwenden als der amerikanische Ford-Arbeiter. Auf einen erheblichen Teil der Aufwendungen seines amerikanischen Kollegen für Gesundheitspflege, Körperpflege usw., muß der deutsche Arbeiter dafür verzichten. Dabei ist auch der Lebensmittelverbrauch des Amerikaners um rund 35 Proz. höher und in seinen Einzelheiten wertvoller und besser als der des deutschen Arbeiters — mit Ausnahme von Kartoffeln und Margarine, die der deutsche Arbeiter in größerem Umfange konsumieren muß als der Ford-Arbeiter. Trotz Rationalisierung und Arbeit am laufenden Band ist die Lohnmethode bei Ford also immerhin auf die Erhaltung der Kaufkraft des Arbeiters gerichtet, eine Tatsache, die von den meisten deutschen Unternehmern in ihrem bekannten Profitgier begünstigt wird.

Zünftler in Mussolinien

In den letzten Septembertagen trat in Rom ein internationaler Handwerker-Kongress zusammen. Erstmals wurden alle handwerklichen Organisationen von Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, Oesterreich, Polen, Rumänien, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn zusammengefaßt. Der Kongress betrachtete es als seine Aufgabe, zu der demnächst beim Internationalen Arbeitsamt zu errichtenden Handwerkskammer Stellung zu nehmen. In einer Entschlieung wird betont, „mit allen nationalen und internationalen Mitteln den Eintritt in das Internationale Arbeitsamt zu erreichen“.

Weiter wurde gefordert, einen internationalen Zusammenschluß des europäischen Handwerks zu vollziehen und wurde ein internationales Institut des Handwerks gegründet. Das provisorische Verwaltungsfekretariat befindet sich in Rom. 1931 wird der Kongress in Paris tagen.

Nach den Verhandlungen wurden die Vertreter bei Mussolini empfangen, der ausführte, „er vertraue nicht auf die Maschine, sondern auf den denkenden Geist und die fleißige Hand des individualistisch tätigen Menschen“.

Es gab eine Zeit, wo sich die Handwerker nicht genug über die „Internationalen“ ereifern konnten und heute werden sie selbst international. Ausgerechnet in Mussolinien, dem Lande, das jeder freien, kulturellen Entwicklung hindernd ist, in dem

Mussolini alle freien Menschenrechte ausgeschaltet und durch den Faschismus diktiert, geben sich die Zünftler ein Stelldichein.

Eine „Internationale der Ewig-Getriggen“, die mit ihrer Tagung in Rom der ganzen zivilisierten Welt das beschämende Beispiel boten, dem Faschismus und dem Großmaul Mussolini ihre Referenzen zu machen. Die internationale Entwicklung des Handwerkes geht Wege, wie in Deutschland, von der Wirtschaftspartei mit einem stöckreaktionären „Wirtschaftsprogramm“ zur Koalition mit Hitler. Von Mussolini haben sie den Segen erhalten, also kann es losgehen!

Nazi und christliche Gewerkschaften

Die christlichen Gewerkschaften sind durch den Ausgang der Reichstagswahlen in eine mißliche Lage geraten. Es ist längst bekannt, daß sich in den Reihen der christlichen Gewerkschaften die Nazis stark eingemischt haben. Ihr Auftreten wird dort von Tag zu Tag provozierender und in maßgebenden Kreisen zerbricht man sich seit längerer Zeit den Kopf darüber, was gegen die nationalsozialistische Seuche unternommen werden kann. Es wurden auch Stimmen laut über eine eventuelle Satzungsänderung, aber über das Reden ist man bisher noch nicht hinausgekommen. In den nationalsozialistischen Kreisen werden die denkbarsten Bemühungen unternommen, ihren Einfluß besonders in den christlichen Gewerkschaften geltend zu machen. Sie rechnen damit, daß ihnen die Eroberung der christlichen Gewerkschaftsrichtungen leichter wird als der Einbruch in andere Gewerkschaftsrichtungen.

Trotz dieser allbekannten Tatsache werden dennoch von der Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, diese Vorgänge abgestritten. Nach dieser Erklärung soll es nicht üblich sein, daß sich die christlichen Gewerkschaften um die Parteizugehörigkeit ihrer Mitglieder kümmern, denn sie haben bislang noch nicht darunter gelitten. Anders wird aber die Sache in der gegenwärtigen Zeit und nach dem Ausgange der Reichstagswahlen. Soviel wir unterrichtet sind, wird in den Reihen der christlichen Gewerkschaftsführer sehr ernsthaft die Angelegenheit untersucht und es wird da und dort bereits mit der Ausübung der Nationalsozialisten begonnen.

Die Schuldigen demonstrieren

Die Notverordnung der Regierung Brüning-Steinbrunn schreibt den Gemeinden vor, daß sie, falls sich eine Erhöhung der Realsteuern notwendig macht, diese Erhöhung nur dann vornehmen dürfen, wenn sie zuvor Einführung bzw. Erhöhung der Biersteuer oder die Einführung der Getränkesteuer beschlossen haben. Wollen also die Gemeinden sich Mittel zur Aufrechterhaltung der ihnen obliegenden Fürsorge für die ausgesteuerten Erwerbslosen und sonstige Hilfsbedürftige beschaffen, gibt es einfach keinen anderen Weg. Diesen Weg werden auch diejenigen Gemeinden beschreiten müssen, die bis jetzt die Einführung oder Erhöhung der Gemeindebesteuer ablehnten, es sei denn, sie stimmen für die unsozialste Steuer die es gibt, für die Bürger- oder Kopfsteuer, und belasten auch die Erwerbslosen und die sonst von der Einkommensteuer befreiten Gemeindeglieder mit einer Steuer von 6 Mk. pro Jahr.

Nun hätte man annehmen müssen, daß in den Gemeinden und Städten mit bürgerlichen Mehrheiten oder stark bürgerlichen Einfluß sich die Sache glatt vollziehen würde, da ja mit ganz geringen Ausnahmen sämtliche bürgerliche Parteien, einschließlich der Wirtschaftspartei, zu deren Mitglied sich auch Köster, prominenter Vertreter des deutschen Gastwirts-gewerbes im Reichstag zählt, der Notverordnung zustimmte. Doch der Mut zur Wahrheit war schon immer die schwache Seite des Bürgertums, und besonders von den Vertretern des sogenannten Mittelstandes, der Wirtschaftspartei, kann nicht verlangt werden, daß sie zu den Taten der Regierung Brüning, in der sie durch Dr. Bredt vertreten ist, steht und für sie in den Kommunen eintritt. Daß sie aber alle versuchen, ihre Regierungstaten zu verleugnen, ja sogar mit allen Mitteln der Demagogie dagegen angehen, übersteigt den Gipfel parlamentarischer „Gepflogenheiten“.

Damit sind die Herrschaften aber noch nicht zufrieden, sie versuchen auch gewisse Kreise aus der Arbeiterschaft vor ihren Wagen zu spannen, um gegen die vorzugehen, die unter dem Zwange der ihnen durch die leeren Kassen der Gemeinden auferlegt wird, Teile der Notverordnung durchzuführen, wollen sie die Armen und Aermsten, und das sind die ausgesteuerten Erwerbslosen und sonstige Hilfsbedürftige, im Winter nicht verhungern oder erfrieren lassen. Dabei richtet sich ihr Kampf besonders gegen die Sozialdemokratie, die einzige Partei, die die erste Notverordnung mit ähnlichem Inhalt im alten Reichstag zu Fall gebracht und versuchte, sie durch eine gerechte Belastung tragfähiger Schultern zu ersetzen.

Wie weit dabei die Hege dieser Parlaments-scharlatane geht, zeigen die Berichte bürgerlicher Zeitungen über eine Demonstration gegen die Gemeindefür- und Gemeindegetränkesteuer in Hamburg. Es heißt: „Im Anschluß an die Kundgebung zogen große Trupps der Arbeitnehmer des Gastwirts-gewerbes, denen sich auch Kommunisten und Erwerbs-lose angeschlossen, zum Rathausmarkt. Unterwegs wur-den Lokale, die nicht geschlossen hatten, gestürmt, die Angestellten und Gäste aus den Lokalen gejagt und die Schließung der Betriebe erzwungen.“ So werden unwissende Menschen, Erwerbslose oder solche, die stets dabei sind, mißbraucht, wenn es Kadav gibt, und da fehlen bekanntlich die Kommunisten nie, um ihre eigene Schuld, die sie als Anhänger der Notver-ordnung sich aufgeladen hatten, zu verdecken und auf andere abzuwälzen. Im Reiche wird der Notver-ordnung zugestimmt, und in den Kommunen wird versucht, deren Durchführung zu verhindern. Das nennt sich dann „nationale Politik“!

Stipendium erwünscht!

Der Deutsche Fleischer-Gesellen-Bund nimmt mit be-sonderer Vorliebe Geschenke von Unternehmern an. Ohne diese Zuwendungen scheint er nicht existieren zu können. Dabei gehen Grundzüge in die Brüche und das Abhängigkeitsverhältnis tritt stark in den Vorder-ground. Der Fleischer-Gesellen-Bund fühlt sich aber quatschvergnügt.

Die Fleischerinnung **M a n n h e i m** hat dem Bund 300 M. „gestiftet“ und anläßlich einer Bundestagung in Leipzig überreichte der Obermeister eine „an-sprechliche Ehrengabe“ den Hirschen. Erst neuerdings wieder, bei einer Feier der Brüdergesellschaft **H a n n a u i. S c h l.**, die dem Bunde angeschlossen ist, überbrachte der Obermeister die Glückwünsche der Innung und versprach, die Innung werde ein Geschenk überreichen. Ein in der Gewerkschaftsbewegung noch nie dagewesenes Vorkommnis ist die Ueber-reichung einer Briestafel vor der Tarifverhandlung durch die Unternehmer an den Bundesvorsitzenden **Brednow**. Welche Organi-sation erhält nun die Geschenke? Genau wie im Leben einer nur demjenigen etwas schenkt, der seine Gunst besitzt, so ist es auch hier. Der Bund, der überall dort, wo sich die Fleischer-Gesellen regen, für die Innungen Kausreizdienste leisten muß, ist würdig, von ihnen beschenkt zu werden! Es besteht also eine innige Ver-bundenheit zwischen dem Geber und dem Beschenkten. Umsonst ist bekanntlich der Tod und die gelben Fleischerhirsche machen auch nichts für die Innungen umsonst, deshalb sind sie auf ihre Geschenke auch be-sonders scharf. Der Bund wird nun natürlich wieder eine leuchtende Ausrede bringen, daß es sich um be-schänkte Brüderchaften handelt. Wir stellen deshalb noch einmal fest, daß die **B r ü d e r s c h a f t H a n n a u** dem Bunde angeschlossen ist und daß der mit der Arbeitgeberbriestafel ausgerüstete **Brednow** selbst auf dem Bundestag in Breslau erklärt hat, die Brüderchaften müßten aktive Organe des Bundes werden.

Wenn für den Bund der Grundsatz, Geld und Ge-schenke der Unternehmer stinken nicht, Symbol ist, dann ist er nicht der Vertreter der Fleischer-Gesellen, sondern deren Verräter; denn er läßt sich schmeicheln dafür be-zahlen. Jeder aufrichtige Fleischer-Geselle wird dieser Vereinerung den Rücken kehren und Mitglied im Verband der Nahrungsmittel- und Getreidearbeiter werden.

Verringerte Existenzmöglichkeit

Was will es heute bei den unsicheren wirtschaftlichen Verhältnissen bedeuten, wenn ein Arbeiter zehn- und mehrjährige Beschäftigung in einem Betriebe nach-weisen kann? Unerbittlich arbeitet die Abbaumaschine, seine „Betriebsverbundenheit“ besteht längst nicht mehr, und Erläuzen, die auf eine langjährige Be-triebszugehörigkeit gestützt waren, werden erschüttert. Das Unternehmertum fragt heute den Teufel danach, wer sogenannter „Stammarbeiter“ ist. Die Technik läßt es zu, daß jeden Tag neue, gleich gut qualifizierte Arbeiter eingestellt werden. Das Einarbeiten ist nur eine Frage der Zeit. So nimmt die Zahl derer immer mehr ab, die glaubten, durch ihre lange Beschäftigung eine gewisse Sicherheit als Plus buchen zu können. Das Landesarbeitsamt Westfalen gibt in seinem Be-richt vom 22. September dieses Jahres folgendes be-kannt:

Trotz der Schwere der Arbeitsmarktkrise ist der Personenkreis der Hauptunterstützungsempfänger nicht konstant. Die Annahme, daß die Unterstützungs-em-pfänger in einem Zuge die Unterstützung in An-spruch nehmen bis zur Aussteuerung, ist irrig. Der Wechsel in der Versicherung ist ebenso wie in der Vermittlung außerordentlich hoch und steigt von Monat zu Monat. Während des letzten Vierteljahres sind durchschnittlich 40 bis 50 Proz. des Bestandes erst während des letzten Monats in Zugang gekommen. Die Aussteuerungen sind am zahlreichsten in den seit dem vorigen Sommer schlecht beschäftigten Saison-

außenberufen. Diese Feststellung wird bestätigt durch die Zusammenfassung des Personenkreises der Haupt-unterstützungsempfänger nach Anwartschaftszeiten. Im Februar dieses Jahres hatten von 26 bis 39 Wochen 44 Proz. eine solche von 39 Wochen. Im August da-gegen war die Gruppe mit einer kurzen Anwartschafts-zeit, also im wesentlichen die Saisonberufe, auf 27 Proz. heruntergegangen, 73 Proz. hatten eine An-wartschftszeit von über 39 Wochen, 67,5 Proz. sogar über ein Jahr. Der gegenwärtige Personenkreis der Hauptunterstützungsempfänger besteht also über-wiegend aus Stammarbeitern der Konjunkturberufe, die jahrelang in den Betrieben tätig waren und erst durch die jetzige schwere Depression arbeitslos ge-worden sind.

Geistige Armut

Auf dem Verbandstag des Landesverbandes Brandenburg der Böttcherinnung hielt auch ein Ver-treter der Handwerkskammer Frankfurt a. d. O. einen Vortrag, der, nach dem „Böttchermeister“ in außer-ordentlich allgemein verständlicher Weise, gehalten, alle Anwesenden interessierte. Begreiflich, wenn sie hörten: Die heutige sozialistische Gesetzgebung hat die Ausschaltung des Mittelstandes zum Ziel. Oder: Die Gesetzgebung der letzten Jahre brachte uns vom Ord-nungsstaat über den Freistaat zum Versorgungsstaat. Das ist Unsinn Nummer zwei.

Solche Ausführungen tragen wirklich die geistige Armut so mancher Menschen offen zur Schau. Ein anderes Produkt von gleicher Qualität fanden wir unlängst in der „Süddeutschen Küfer- und Kellerei-Zeitung“. Dort stand unter „Wohin die Gewerkschafts-hege führt: Lehrlinge drohen mit Streit“, folgendes zu lesen: „Welche Früchte die systematische Verhehung der Jungarbeiterschaft durch die Gewerkschaften trägt, beweist ein kürzlich einer westdeutschen Handwerks-innung zugegangenes Schreiben, das die Einbeziehung der Lehrlings-Arbeitsentschädigung und Urlaubs-regelung in den allgemeinen Tarifvertrag durch Streikandrohung zu erzwingen sucht.“ — In dem mit einem „revolutionären Jugendgruß“ eingeleiteten Schreiben werden nach einem Hinweis auf die un-billige Behandlung der Lehrlinge ultimative Forde-rungen nach einer Einführung der achtstündigen bzw. für Lehrlinge unter 16 Jahren der sechsstündigen täg-lichen Arbeitszeit nach tariflicher Entlohnung, einer Gewährung von 8 Tagen Urlaub im Jahre und Unter-lassung jeglicher körperlichen Züchtigung gestellt. In dem Schreiben heißt es dann weiter:

„Die gewerkschaftlich organisierten Lehrlinge sind unter keinen Umständen gewillt, unter den gegen-wärtigen Verhältnissen weiter zu arbeiten. Sollte in nächster Zeit keine Verbesserung der Lage der Lehr-linge eintreten, so werden wir den offenen Kampf gegen die Arbeitgeber unverzüglich aufnehmen!“

Ueber die Forderungen soll hier nicht weiter ge-sprochen werden. Bernünftige Arbeitgeber haben sich mit einer Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auch für Lehrlinge längst abgefunden, weil nach der Reichsverfassung auch der Lehrling als Arbeitnehmer betrachtet werden muß. Was diesem Geschreibsel aber den Stempel der Unwahrheit aufdrückt, beweist die Tatsache, daß keine Gewerkschaft mit „revolutionärem Jugendgruß“ ihre Forderungen an die Unternehmer einleitet und sie auch nicht durch ihre Lehrlings-abteilung einreichen läßt. Darum in Zukunft beim Schwindeln vorsichtiger.

Tätigkeit der Arbeits-gerichte im Jahre 1929

Im vergangenen Jahre wurden von den 527 be-stehenden Arbeitsgerichten 427 604 Rechtsstreitig-keiten im Urteilsverfahren anhängig gemacht. Das sind fast 48 000 Rechtsstreitigkeiten mehr als im Jahre vorher. Erst dadurch wird manchem Arbeiter bewußt, was Arbeitsgericht und Arbeitsgerichtsbarkeit für den Schutz seiner Arbeitskraft überhaupt bedeuten. Auf allgemeine Arbeitsstreitigkeiten entfielen 277 640, auf Angestelltenstreitigkeiten 109 880 und auf Handwerker-streitigkeiten 109 880 Fälle. Sehr verschieden sind die Fälle bei den einzelnen Arbeitsgerichten anhängig gemacht worden. Streitigkeiten in 1 bis 50 Fällen hatten 100 Gerichte, 501 bis 1000 Fälle 97 Gerichte, 1001 bis 2000 Fälle 45 Gerichte, 2001 bis 5000 Fälle 15 Gerichte, 5001 bis 30 000 Fälle und mehr 12 Ge-richte. Die stärkste Beschäftigung von allen Arbeits-gerichten hatten die Städte Berlin, Köln, Hamburg, Breslau und Leipzig mit 168 250 Sachen oder vier Zehntel aller bei der Gesamtzahl der Arbeitsgerichte im Urteilsverfahren anhängig gemachten Streitigkeiten wurden von den Arbeitsgerichten der 12 größten Städte Deutschlands erledigt. 90,8 Proz. oder 338 365 Fälle konnten im Berichtsjahre zu Ende ge-führt werden. Im Güteverfahren wurden 98 011 Ber-gleiche oder 23,2 Proz. erledigt. Sehr groß ist die Zahl der zurückgenommenen Klagen mit 82 203 oder 21,2 Proz. Versäumnisurteile wurden 43 035 erlassen. In sehr vielen Fällen genügte bereits die Anrufung

des Arbeitsgerichtes, um den Unternehmer zur Er-füllung seiner Verpflichtung zu veranlassen.

Ueber die Dauer der durch streitiges Endurteil er-ledigten Sachen bis zur Verkündung des Urteils er-halten wir in nachstehender Uebersicht Aufschluß:

Zeitraum	Jahr 1929	Proz.	Jahr 1928	Proz.
Weniger als 1 Woche	3 081	4,5	3 174	5,1
1 Woche bis 2 Wochen	13 027	18,8	13 849	22,2
2 Wochen bis 1 Monat	26 306	38,0	24 336	39,1
1 Monat bis 3 Monate	21 763	31,5	17 276	27,7
Ueber 3 Monate	5 004	7,2	3 666	5,9

Hiermit ist bewiesen, daß eine gewisse Verlang-samung in der Durchführung der Urteilsverfahren eingetreten ist. Der Wert des Streitgegenstandes betrug:

bis 20 M. einschl.	70 478	16,5 Proz.
mehr als 20 bis 60 M.	108 696	25,4
mehr als 60 bis 100 M.	72 052	16,8
mehr als 100 bis 300 M.	97 136	22,7
mehr als 300 bis zur Revisionsgrenze	75 114	17,6
über die Revisionsgrenze	4 128	1,0

Wegen grundsätzlicher Bedeutung des Rechtsstreites wurde die Berufung in 4792 Sachen zugelassen. Im Beschlußverfahren also an Streitigkeiten zwischen Be-triebsvertretung und Arbeitgeber waren 3247 Sachen anhängig. Diese Streitigkeiten sind um 10,6 oder 312 Fälle gestiegen. Die Arbeitsgerichte wurden im Berichtsjahre weiterhin in Anspruch genommen unter anderem durch die Anträge auf Erlaß eines Arrest-befehls oder einer einstweiligen Verfügung in 3278 Fällen und durch Mahnverfahren in 29 752 Fällen.

Auch die von den 80 Landesarbeitsgerich-ten zu erledigenden Streitigkeiten sind ebenfalls ge-stiegen von 13 491 auf 16 738 Fälle oder um 24 Proz. Hier kann bei der Durchführung der Berufungen ebenfalls eine Verlangsamung verzeichnet werden.

Beim Reichsarbeitsgericht waren im Be-richtsjahre im Urteilsverfahren 959 Revisionen an-hängig gemacht; gegen 217 im Jahre vorher oder um 25,9 Proz. mehr.

Ein Ausweis über die Tätigkeit der Arbeitsgerichte, wieviel von den anhängig gemachten Klagen zu-gunsten oder zuungunsten der Arbeitnehmer entschieden wurden, ist leider nicht erfolgt. Auch erhalten wir keine Aufklärung darüber, wie hoch die Summe ist, die Arbeiter mittels ihrer anhängig gemachten Klagen erstritten haben. Schätzungsweise dürfte sich die jährliche Klagesumme auf rund 30 bis 40 Millionen Mark belaufen. Zwei Drittel dieser Summe dürfte die Arbeitnehmerschaft durch Klagen herausgeholt haben. Für die frei-gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer, die von ihren Gewerkschaften unterstützt werden zur Durchführung ihres Rechtsstreites, wurden allein im Jahre 1929 über 1 Million Mark für Rechtschutz ausgegeben.

Die gewerkschaftlich unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen bringen in sehr wenigen Fällen Klagen bei den Arbeitsgerichten an, weil sie selbst sich ver-treten müssen. Es ist daher bestimmt anzunehmen, daß in den allermeisten Fällen von den Unorganisierten gegen ihre Arbeitgeber wegen Nichtbezahlung des tariflichen Lohnes oder Nichtvergütung geleisteter Ueberstunden keine Klagen vor den Arbeitsgerichten erfolgen, und viele Millionen Mark unorganisierten Arbeitern vorenthaltener Löhne fließen somit in die Taschen der Unternehmer. Diese Arbeiter und Arbeiterinnen werden so lange die wirtschaftlich Ge-schädigten sein, bis sie den Weg in ihre Gewerkschaft finden.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Legitimation des Vorstandes und Ausschusses

Auf Grund des § 24 Ziffer 9 der revidierten Verbands-satzungen weist sich hiermit der vom zweiten Verbandstag am 27. September 1930 in Hamburg gewählte Vorstand aus.

Der geschäftsführende Vorstand setzt sich nach diesem Be-schluß wie folgt zusammen:

Eduard Badert, Vorsitzender; Alfred Sig, Richard Meier, Emil Fröhlich, stellvertretende Vorsitzende; Max Fiedler, Kassierer; A. Lantes, Re-dakteur; Max Kössler, Hermann Scharf, Paul Hensel und Otto Hemann, Sekretäre.

Als Beisitzer zum Gesamtvorstand wurden ge-wählt: Waschinski, Bierfahrer, Berlin; Kleino-feld, Brauereihilfsarbeiter, Königsberg; Buschek, Bäcker, Breslau; Höhn, Fleischer, Stettin; Brunt, Fleischer, Hamburg; Winkelmann, Konditor, Han-nover; Meigner, Süßwarenarbeiter, Dresden; Fröh-lich, Brauer, München; Groth, Böttcher, Göppingen; Finzel, Bäcker, Frankfurt a. M.; Cöcherer, Müller, Mannheim; Hoffetter, Brauer, Dortmund.

Erzählteute mit stellvertretender Befugnis: Schumann, Bierfahrer, Berlin; Kinder, Hilfsarbeiter, Elbing; Mewes, Bäcker, Grünberg; Rixdorf, Fleischer, Berlin; Rodrohr, Fleischer, Lübeck; Gohner, Konditor, Mag-deburg; Fröhlich, Süßwarenarbeiter, Leipzig; Hopfen-gärtner, Brauer, Nürnberg; Freimüller, Böttcher, Stuttgart; Schüler, Bäcker, Mainz; Matt, Müller, Karlsruhe; Gräbner, Brauer, Elberfeld.

Verbandsreferenten: Hobapp, Berlin; Barth, Berlin; Schmiedicke, Berlin; als Ersatzleute: Röhlig, Berlin; Hufschulte, Berlin; Sagasser, Berlin.

Als Sitz des Verbandsausschusses ist wieder Frankfurt a. M. bestimmt. Die Adresse des Verbandsausschusses lautet:

Heinrich Wittich, Frankfurt a. M., Mainzerlandstr. 111.

Adressänderung: Leer i. Ostf. Die Adresse des Kassierers ist: Hermann Stechmeyer, Burscheiner Weg Nr. 67.

Der Verbandsvorstand. S. U.: E. Bader.

Eingänge bei der Hauptkasse

vom 5. Oktober bis 11. Oktober 1930.

(Postkontos der Hauptkasse: Berlin 12 079, Nahrungsmittel- und Getränkebranche - Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin SW 40.)

Ortsgruppen:

- Feldstein im Vogtland 249,88. Lindau 406,20. Neurruppin 19,79.
- Stargard 44,51. Greifswald 39,00. Leipzig 207,00. Rusbach 302,03. Rud-
- mund 428,55. Weerane 202,26. Norden 194,55. Paderborn 120,22.
- Paderborn 604,18. Sagan 105,51. Röhndorf 68,88. Stendal 339,71.
- Stettin 68,74. Erford 21,25. Eriex 26,50. Mühlberg 300,00. Müll-
- walde 1668,84. Müllberg 31,00. Königsberg in Preußen 2887,01. Pan-
- gorsch 348,33. Brenschaden 500,00. Eilenburg 121,55. Landsbut 500,00.
- Kahnau 304,45. Birk 180,89. Meissenau 341,43. Salswedel 33,19.
- Radum 28,50. Rumbach 21,00. Oldenburg 21,00. Seibronn 1000,00.
- Seibersberg 600,00. Wina 88,00. Stolp 288,58. Köln 98,90. Nürnberg
- 115,25. Brunnshüttele 5,66. Göttingen 6,45. Gumbinnen 88,25. Halle
- 547,00. Kassel 4670,88. Korb 16,55. Köln am Rhein 2183,79. Langen-
- luta 301,05. Lauenburg an der Elbe 40,56. Mülheim 7425,44. Pöschel
- 292,88. Eul'na 3045,07. Fischelz 28,11. Bremen 25,00. Bremer-
- haven 25,20. Wreslau 25,00. Emden 33,40. Erfurt 40,00. Gera 20,00.
- Kellin 11,40. Witten 20,50. Verburg 212,46. Weichsel 475,00. Weh-
- lingen 70,00. Kassel 11,50. Krafow 53,82. Witten 76,06. Ocker-
- heim 108,43. Uel 607,50. Samburg 404,50. Köln am Rhein 6000,00.
- Gradow 314,42. Hannover 149,50. Wiesbaden 20,50. Düsseldorf 8901,60.
- Essen 184,21. Jülicherburg 25,30. Mühlberg 2177,20. Stendal 500,00.
- Straubing 4,20. Ulrich 27,00. Weissen 350,00. Wieg 41,00. Danzig
- 50,00. Emden 466,20. Wörlitz 174,24. Weissenberg 74,15. Jena 310,79.
- Ostern 8,88. Schwenningen 388,15. Wuppertal 2072,76. Weiden
- 200,41. Elbing 645,06. Greifswald 75,49. Naumburg an der
- Saale 150,15. Osterode in Ostpreußen 82,45. Danzberg 189,79.
- Striegau 188,38. Weier 134,00. Wartenburg 25,57. Wendisch-Buch-
- holz 19,20. Weh 802,06. Weisfeld 70,50. Weiden 54,25. Weim 115,40.
- Wilm 128,45. Crimmitschau 219,22. Faltensberg in Oberhessen
- 64,10. Frankfurt an der Oder 802,95. Greiz 600,00. Merseburg 242,61.
- Mühlrohe 424,15. Neubrandenburg 292,87. Plauen 973,80. Saade 301,70.
- Nelken 35,07. Weichenfels 325,90. Burg 828,57. Brunsau 281,18. Büffel-
- dorf 122,65. Berlin 5000,00. Effen 6177,47. Baunau 20,00. Altenburg
- 349,80. Erlangen 244,68. Glogau 102,49. Gotha 319,00. Jugostradt
- 167,50. Königsberg in der Neumark 74,00. Kösen 148,00. Marien-
- 170,55. Mühlitz 74,23. Sorau 291,19. St. Margarethen 270,71. Stah-
- furt 338,30. Wuppertal 240,00. Braunsberg 127,15. Darschheim 211,87.
- Sannau 139,13. Rabiau 212,00. Peet 188,24. Reuteich 38,88. Reibitz
- 84,26. Schwenningen 70,20. Schemar 383,95. Witten 170,00. Rittau
- 540,11. Gleiwitz 50,75. Wittenberg 1031,02. Wittenberg 57,98. Frank-
- furt am Main 181,50. Wittenberg 183,15. Halle an der Saale 80,00.
- Somburg vor der Höhe 162,55. Landsberg an der Warthe 390,75.
- Reichenburg 127,77. Neugersdorf 164,61. Neustadt in Obersachsen 97,23.
- Sigmaringen 447,24. Ulm 1400,00. Udenach 372,65. Kautenberg im
- Sax 968,95. Eul'gart 118,25. Wornum 86,75. Jena 2509,32. Neu-
- münster 1508,65. Banzweil 45,00. Eichen 214,45. Gohp 6,25. Jena
- 2,00. Nordhausen 13,45. Passau 17,50. Quedlinburg 18,15. Rosenheim
- 56,85. Schmöln 67,28. Würzen 81,00.

Sonstiges:

- Halle 50,00. Glogau 20,00. Augsburg 1500,00. Seibronn 161,10. Ber-
- lin 60,00 und 750,00 und 1714,09. Seibronn 60,40. Berlin 303,41 und
- 10,20 und 21,96. Samburg 30,60. Augsburg 1375,00. Altona 1,15.

Korrespondenzen

Baun. Die hiesige Fleischordnung hat einen Beschluss gefasst, nur im gelben Hirsche-Bund organisierte Fleischergesellschaften einzuführen. Entweder beruht dieser Beschluss auf einer unbefriedigend großen Dämlichkeit, weil der Innung noch nicht bekannt ist, daß es die Koalitionsfreiheit gibt, oder sie will mit unserem Verband einen offenen Konflikt. Wir werden diesen Zünftlern begreiflich machen, daß ihr Vorgehen sogar reif ist für ein gerichtliches Verfahren.

Delsnig im Erzgebirge. Bei der kürzlich stattgefundenen Kontrolle der Bäckereien durch die Gewerbeaufsichtsbeamten wurden viele Unregelmäßigkeiten festgestellt. Soweit es den Beamten möglich war, vor 5 Uhr in die Betriebe zu kommen, wurde überall ein früherer Arbeitsbeginn ermittelt, so bei Fickert um 4 Uhr bei Rinner und bei Sieber wurde bereits um 5 Uhr der Teig verarbeitet, ebenfalls wurde bei Kröner festgestellt, daß um 5 1/2 Uhr Arbeiten verrichtet wurden, die nur bei einem früheren Arbeitsbeginn als 5 Uhr möglich waren. Einige Bäckermeister wurden zur Anzeige gebracht und einigen Verwarnung erteilt.

Nach diesen Feststellungen muß angenommen werden, daß in den allermeisten Bäckereibetrieben tagtäglich das Schutzgesetz mißachtet wird.

Trier. Der Zollbehörde Trier ist es gelungen, eine Schwarzbrennerei im Kreise Berncastel zu entdecken. Die raffinierte Einrichtung dieser Schwarzbrennerei sieht einzig da. Innerhalb einer Wasserleitung hatte der Brenner einen besonderen Ablauf für Branntwein eingebaut, ohne daß der Mechanismus bekannt wurde. Im Wasserrohr war sogar ein Wasserhahn eingebaut, ohne daß der Ablauf des Branntweins, wenn man ihn öffnete, gestört worden wäre. Der „Erfinder“ sieht jetzt seiner Aburteilung entgegen.

Gewerkschaftl. Rundschau

Bundestag des Bauwertabundes. Der Deutsche Bauwertbund hielt in der Zeit vom 28. September bis 3. Oktober in Frankfurt a. M. seinen 3. ordentlichen Bundestag ab. Neben zahlreichen Vertretern auswärtiger Bruderorganisationen und der Behörden waren 300 Delegierte anwesend. Den Geschäftsbericht erstattete der Bundesvorsitzende Bernbard, der gleichzeitig eine Uebersicht über die deutsche Wirtschaft, vornehmlich des Baugewerbes, gab. Der Bundestag beschäftigte sich auch mit dem Programm der Regierung und protestierte besonders gegen die Abzweigung der 100 Millionen Mark aus der Hauszinssteuer, weil dadurch die Bau-tätigkeit gefährdet wird. Im Bericht wurde die Arbeitslosig-

keit des Bundes, der innere und finanzielle Aufbau der Organisation gestreift, zur Frage der Verschmelzung zu einem Industrieverband wurde betont, daß mit den Stein- und Fabrikarbeitern Gegenseitigkeitsverträge abgeschlossen wurden, während sich der Verbandstag der Dachbeder endgültig mit der Anschlussfrage beschäftigen soll. Die Debatten waren sehr ruhig und sachlich. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt und auch der Bundesausschuss einstimmig bestätigt. Einer Reihe ausscheidender hauptamtlicher Funktionäre wurde auf dem Bundestag herzliche Abschiedsworte gewidmet.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Die Arbeitsmarktlage. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung teilt mit, daß sich in der Zeit vom 18. bis 30. September ein Rückgang in der Befastigung der Arbeitslosenversicherung bemerkbar gemacht hat. Mit einer Abnahme der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Versicherung um 10 000, der knapp 14 000 Krisenunterstützungsempfänger gegenübersteht, beträgt die Belastung beider Unterstützungs-einrichtungen noch immer 1 966 000 Ende September. Auf die Arbeitslosenunterstützung entfallen 1 494 000 Unter-stützte und über 472 000 auf die Krisenunterstützung. An ver-fügbaren Arbeitsuchenden waren auf den Arbeitsämtern 3 088 000 gemeldet.

In diesem Zusammenhang sei auf den „Reichs-Arbeitsmarkt-Anzeiger“ verwiesen, der berichtet, daß im Bäcker- und Fleischerhandwerk und der Fleischwarenindustrie die Beschäftigungslage weiterhin sehr ungünstig ist. Soweit die Süßwarenindustrie in Frage kommt, hat sich infolge der beginnenden Saison in einigen Landesteilen eine geringe Belebung bemerkbar gemacht. Etwas reger war die Ver-mittlungstätigkeit für die Fisch- und Fischkonservenindustrie in Altonaer Betrieben. Im Kieler Bezirk wurden durch An-schaffung von Entgrätungsmaschinen Arbeitskräfte einge-geliefert und in Niedersachsen kamen Arbeitskräfte wegen man-gelnder Fischzufuhr zur Entlassung, obwohl sonst die Be-schäftigungsmöglichkeit noch befriedigend ist. In der Zeit vom 15. August bis 15. September wurden 5247 nahrungs-mittelgewerbliche Arbeitnehmer ausgesteuert, von denen 2307 der Krisenunterstützung zugeführt wurden.

Steigerung des Ausfuhrüberschusses. Die deutsche Güterausfuhr konnte in der Zeit vom 1. Januar bis Ende August beträchtlich gesteigert werden und erbrachte einen Ausfuhr-überschuss von dreiviertel Milliarden Mark. Diese Tatsache beruht auf einem wesentlichen Rückgang des Importes. Es war möglich, die Käuferschaft davon zu überzeugen, daß die deutschen Waren über eine gleich gute Qualität verfügen wie die ausländischen. Besonders erfreulich ist die Steigerung der Ausfuhr der Textilwaren, Lebensmittel, und vor allem Getränke, wurden um 60 Millionen Mark weniger eingeführt. Es muß aber auch hier erneut wieder festgestellt werden, daß, so erfreulich die rückgängige Einfuhr ist und die ersparten Beträge der Inlandsindustrie zugute kommen, infolge der Nationalisierung keine Entspannung größeren Ausmaßes auf dem Arbeitsmarkt möglich war. Es ist ein recht sonderbarer Zustand: Steigerung der Ausfuhr, das heißt Produktionsvermehrung, Minderung der Einfuhr, das heißt vermehrte deutsche Eigenproduktion und trotzdem keine Belebung der inneren deutschen Wirtschaft.

Internationales

Ungarn. Zollfreie Einfuhr von Fässern. Wie verlautet, soll die ungarische Regierung planen, auch ungeeichte Fässer einführen zu lassen, um sie mit Wein gefüllt wieder auszuführen. Bisher war die zollfreie Einfuhr solcher Fässer an eine ausdrückliche Bewilligung der Einfuhr gebunden. Nun wird nach Erlassung der neuen Verordnung diese Bewilligungsvorschrift aufgehoben. Gegen die zollfreie Einfuhr von Fässern (Weinflässern) wendet sich natürlich die ungarische Böttcherindustrie, die befürchtet, daß mangels einer verlässlichen Kontrolle die eingeführten Fässer, statt gefüllt wieder ausgeführt zu werden, im Lande verbleiben und nach Eichtung im Verkehr bleiben. Es könnte die Gefahr eintreten, daß der Bedarf in Fässern durch diese zollfrei importierten Fässer gedeckt würde. Die Lager in Weinflässern sind in Ungarn überfüllt. Deshalb steht das dortige Böttcher-gewerbe dieser Verordnung nicht mit Sympathie gegen-über.

Der norwegische Nahrungsmittelarbeiterverband. Vom 8. bis 11. Juni tagte in Trondhjem der dritte Verbandstag des Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes. Neben den Vorstandsmitgliedern und einer Anzahl aus-ländischer Gäste war die Tagung von 88 Delegierten be-sucht, die 5486 Mitglieder vertraten. Der Mitgliederstand erhöhte sich in der Berichtszeit um 783. In Norwegen besteht in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie keine Einheitsorganisation. Es sind noch vorhanden die Ver-bände der Fleischer und Bäcker mit je 1000 Mitglieder. Das Rekrutierungsgebiet des Nahrungsmittelarbeiter-verbandes erstreckt sich auf die Brauereien, Mineralwasser-fabriken, Schokolade-, Keks-, Konserven- und Margarine-fabriken und die Mühlenindustrie, das Hotel- und Restaurationspersonal, die Beschäftigten in den Meiereien und der Gärindustrie, die Kaffee- und Weinmonopol-arbeiter. Das Organisationsverhältnis ist außer bei dem Hotel- und Restaurationspersonal, den Konserven- und Meiereiarbeitern ein prozentual sehr gutes. In der dreijährigen Berichtsperiode zahlte die Organi-sation nur Sterbegeld für die Mitglieder und deren Frauen in Höhe von 37 800 Kronen für die Mitglieder und 9300 für 47 Angehörige. Außer dieser Unterstützung wird noch Streikunterstützung gewährt. Zur Einführung von neuen Unterstützungsarten scheint keine Neigung vor-

handen zu sein. Ein Antrag zur Schaffung eines Unter-stützungsfonds für Gemäßregelte wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die meist vertraglich festgesetzten Löhne sind sehr verschieden. Ein Antrag auf Herabsetzung der Beiträge wurde abgelehnt. Sie betragen wie seither für voll-zahlende Mitglieder (Männer) an die Verbandskasse 1,30 Kronen, an die Lokalkasse nur 0,20 Kronen, für die halbzahlenden Mitglieder (Frauen und Jugendliche) 0,60 bzw. 0,20 Kronen die Woche. Das Vermögen der Haupt-kasse betrug ultimo Dezember 1929 535 000 Kronen.

Anzeigen

Nachruf!
Im 3. Quartal 1930 starben nachstehende Verbandsmitglieder:
Emil Ullig, Bäcker, 42 Jahre,
Hermann Hühnerstein, Brauerarbeiter, 73 Jahre,
Karl Kottluff, Ladenmeister, 23 Jahre,
Karl Ullrich, Bäcker, 62 Jahre,
Karl Frische, Mühlenarbeiter, 71 Jahre.
Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.
Ortsgruppe Chemnitz. 16-

Nachruf!
Im besten Mannesalter ist der langjährige Gau- und Bezirksleiter, Kollege
Oswald Schrembs
aus den Reihen seiner Kollegen und langjährigen Mitarbeiter gerissen worden. Ausgestattet mit einem zähen Arbeitswillen, gemüht mit seinem heidenswerten Humor hat Schrembs vor Jahrzehnten be-gonnen, den steinigen Boden in Niederbayern für den Geist der freien Arbeiterbewegung zu lodern. Daß keine Arbeit nicht umsonst war, beweist das Lächeln, das er im Verlaufe seines Kampfes für die Kollegen vor Landshut, Straubing, Passau und für die kleinsten Orte in Niederbayern geschaffen hat. Die Mitglieder seines Wirkungs-kreises wissen dies zu schätzen und werden ihrem alten Kampferpro-ben Führer stets ein ehrendes Andenken bewahren. 13,20
Die Ortsgruppe Landshut mit ihren dazu gehörigen Orten.

Allen Kolleginnen und Koll. die traurige Botschaft, daß unser Kollege
Oswald Schrembs
langjähriger Gau- und Bezirks-leiter, nach fünfwöchentlichen schweren Leiden im Alter von 60 Jahren am 4. Oktober 1930, früh 1/3 Uhr, verstorben ist. Was Kollege Schrembs für den Verband und für die Be-wegung leistete, wird uns allen unvergesslich bleiben. Ehre seinem Andenken.
Die Ortsgruppe Regens-burg. 16,00

Nachruf!
Im Monat September 1930 starben unsere Kollegen
August Böge, Bierfahrer, Schul-helfer, Bakenhofer, Abt. Spandau,
Kurt Jungandreas, Fleischer,
Burschlarb.
Willy Kiemer, Süßwaren, Hinz & Küller,
Johannes Stalckenfellerarbeiter, Angländer,
Hans Pohl, Bäcker,
Paul Krupp, Bierfahrer, Löwen-Bühnisch,
Paul Spielmann, Fleischer,
Schlachthof.
Wir werden ihnen stets ein ehrendes Andenken bewahren. 15,40
Ortsgruppe Berlin.

Nachruf!
Am 8. Oktober 1930 starb plötzlich und unerwartet unser treuer Kollege
Fritz Drewe
Braucher, Müllers-Küpper-Brauerer.
Wir werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren 12,40
Die Ortsgruppe Wuppertal.

Nachruf!
Am 27. September 1930 starb im Alter von 58 Jahren unser lang-jähriges Mitglied, der Mühlenarbeiter
Heinrich Grupp.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm 12,70
Die Kollegen der Ortsgruppe Worms-Ostheim.

Nachruf!
Nach kurzer Krankheit verschied unser treuer Kollege
Ludwig Eckert,
Braucher, Malterbrauerer, im Alter von 43 Jahren. 12,40
Ehre seinem Andenken.
Ortsgruppe Uberg.

Unserem langjährigen Verbands-kollegen **Eustach Bräuning** und seiner lieben Frau zu der am 15. Ok-tober stattgefundenen silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
Die Belegschaft der Brauerei Dindig-Bürgerbräu, Frank-furt a. M. 12,40

Unserem Kollegen, dem Kassierer **Hänel**, und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit. 11,80
Die Kollegen der Ortsgruppe Reichenbach u. d. Eule.

Unserem Kollegen **Otto Ahrendt** und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.
Ortsgruppe Magdeburg, Sektion Böttcher. 1,50

Unserer lieben Kollegin **Walchen Wogt** zu ihrer Vermählung die herzlichste Gratulation. 11,80
Die Mitglieder der Schöps-Ladenfabrik Ronheim, Bar-stand und Ortsgruppe Nachen.

Uns. Koll. **Friedrich Spangen-berger** und seiner lieben Frau zur Vermählung die besten Wünsche.
Vorstand 11,50
und Ortsgruppe Nachen.

Unserem Kollegen, Böttcher **Georg Braje** und seiner lieben Frau nach-träglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. 11,50
Ortsgruppe Oldenburg.

Unserem Kollegen **Hugo Vogel** zu seinem 25. jährigen Arbeitsjubiläum, sowie den Kollegen **Richard Seitz** und **Kurt Wienold** nebst ihren lieben Frauen zur Vermählung nach-träglich die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kolleginnen und Kollegen der Ortsgruppe Glauchau. 12,40

Unseren wertigen Kollegen **Erwin Stof** und **Willy Sepp** sowie ihren lieben Frauen nachträglich die herz-l. Glückwünsche zur Vermählung. 12,10
Die Kollegen der Brauerei Jhring-Weichler, Eich, Ober-hessen, Ortsgruppe Gießen.

Unserem lieben Kollegen u. Betriebs-ratvorsitzenden **Arthur Kunzel** und seiner lieben Frau zur silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
Belegschaft der Mühlenwerke, Bad Lausitz. 11,80

Unserem langjährigen Kollegen, dem Brauer **Emund Wünicke** und seiner lieben Frau zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche. 11,80
Die Kollegen der Ortsgruppe Spremberg, N.-L.

Unserem lieben Kollegen **Andreas Demleitner**, Brauer, Brauhaus Amberg, und seiner lieben Frau zur Silberhochzeit nachträglich die besten Glückwünsche. 11,80
Ortsgruppe Uberg.

Unserem Kollegen **Ludwig Beck** zu seinem 25. jährigen Dienstjubiläum nachträglich die herzl. Glückwünsche.
Die Kolleginnen 11,80
und Kollegen der Brau-Gemeinschaft Düsseldorf.

Unserem Koll. **Karl Herrmann**, zu seinem 25. jährigen Dienstjubiläum nachträglich die herzl. Glückwünsche.
Die Kolleginnen und Kollegen der Schwaben-Brauerei u. G., Dillendorf. 11,80

Unserem Kollegen **Johes Rodowick** und seiner lieben Frau Hildegard die herzlichsten Glückwünsche zur Ver-mählung. 11,80
Die Kollegen und Kolleginnen der Ortsgruppe Gleiwitz D.-G.

Unserem lieben Kollegen **Erich Fleischer** zu seinem am 16. Oktober 1930 stattfindenden 25. jährigen Arbeits-jubiläum die besten Glückwünsche.
Die organisierten Kollegen der Brauerei C. W. Ripper, Reinscheid und Ortsgruppe Solingen-Reinscheid. 12,40

Unserem lieben Kollegen **Lambert Paas** zu seinem 25. jährigen Arbeits-jubiläum die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen
der Ver. Wiltlicher Brauereien und Ortsgruppe Rrefeld-Heeringen a. Rh. 12,40

Unseren Koll. **Walthar Ruhn**, Sebastian Mergel, Johann Stumpf und ihren Frauen nach-träglich zur Vermählung die herz-lichsten Glückwünsche.
Die Kollegen der 12,40
Babaria-Brauerei und Orts-gruppe Alsfeldengruppe.

Unserem Kollegen **Ludwig Frank** nebst seiner lieben Frau Elia zur Ver-mählung die herzlichsten Glückwünsche.
Die organisierten Kollegen der Brauerei Rheingold und die Ortsgruppe Duisburg. 11,80

Unserem Kollegen **Franz Schläfer** und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Silbernen Hochzeit.
Ortsgruppe 11,50
Duisburg-Samborn.

Unserem Kollegen **Josef Bod-müller** und seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glück-wünsche. 12,10
Die Belegschaft
des Bürgerlichen Braubandes
und die Ortsgruppe Duisburg.



FRAUENRECHT



Aussteuerunterstützung

Der Hamburger Verbandstag hat einstimmig beschlossen, einen neuen Unterstützungszweig, der speziell für unsere Kolleginnen in Betracht kommt, einzuführen. Unsere Kolleginnen werden mit Inkrafttreten des neuen Statuts vom 1. Januar 1931 an bei ihrer Verheiratung eine Aussteuerbeihilfe erhalten können. Derartige Unterstützungszweige bestehen bereits in einigen gewerkschaftlichen Organisationen. Wie wir wissen, hat sich diese Einrichtung ebenfalls sehr gut bewährt. Es ist eine bekannte Tatsache, daß leider sehr viele gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen nach ihrer Verheiratung die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften nicht mehr aufrechterhalten. Alle ihre erworbenen Rechte auf Unterstützungsansprüche gehen dadurch selbstverständlich verloren. Da aber auch nach der Verheiratung für den größten Teil der Arbeiterinnen die wirtschaftliche Not noch nicht gekannt ist, so werden viele verheiratete Frauen gezwungen, mit zum Unterhalt der Familie beizutragen.

Die Zahl der verheirateten Frauen im gewerblichen Leben ist, wie wir an dieser Stelle nachweisen konnten, außerordentlich hoch. Ein Beweis dafür, daß die Frauen durch die allgemeine wirtschaftliche Misere mehr denn je gezwungen werden, durch ihre Arbeitskraft zum Unterhalt der Familie beitragen zu müssen.

Bei den Arbeiterinnen können wir feststellen, daß nur ein kleiner Prozentsatz auf eine langjährige Mitgliedschaft zurückblicken kann. In den weitaus meisten Fällen bedeutet das Ausscheiden aus den Betrieben auch die Aufgabe der Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation. Kommen dann die Kolleginnen wieder in das Erwerbsleben, so sind sie gezwungen, sich neu aufnehmen zu lassen. Dadurch trifft es zu, daß ein großer Teil der Arbeiterinnen niemals in den Genuß der Unterstützungen kommen kann.

Durch die Einführung der Aussteuerbeihilfe erwartet der Verbandstag die Eindämmung der Fluktuation und eine größere Stabilität bei den Kolleginnen. Die Aussteuerbeihilfe wird gewährt nach einer dreijährigen Mitgliedschaft und Beitragsleistung und beträgt im Minimum 40 geleistete Durchschnittsbeiträge. Nach einer fünfjährigen Mitgliedschaft und Beitragsleistung erhöht sich die Aussteuerbeihilfe auf 80 Durchschnittsbeiträge, nach siebenjähriger Verbandzugehörigkeit auf 120 Durchschnittsbeiträge und nach zehnjähriger Verbandzugehörigkeit auf 160 Durchschnittsbeiträge. Die Errechnung des Durchschnittsbeitrages erfolgt auf Grund aller geleisteten Beiträge mit der Maßgabe, daß als niedrigster Grundbeitrag 50 Pf. zugrunde gelegt wird.

Mit dieser neuen Unterstützungsrichtung erwartet der Vorstand auch bei den Kolleginnen

eine regere Anteilnahme für die Organisationsarbeiten zu erwecken. Diese neue Einrichtung konnte geschaffen werden ohne jede Beitragserhöhung, ein Beweis dafür, daß unsere Verbandsfinanzen auf gesunder Grundlage beruhen. Von den Kolleginnen wird erwartet, daß sie mit dieser neuen Unterstützungsrichtung in den Kreisen ihrer Mitarbeiterinnen und Bekannten Propaganda für die Organisation machen. Wie überaus schwer die Zeiten sind, weiß jede unserer Kolleginnen. In der gegenwärtigen Wirtschaftsmisere ist die Frau noch viel größeren Ge-

Der Unternehmer spricht:

Dies ist die Zeit der großen Not.
Und „Sparen!“ heißt das Machtgebot,
Denn täglich kann die Lage sich verschärfen.
Drum muß, wer sein Geschäft versteht,
Die Löhne senken, wo es geht,
Und möglichst viele auf die Straße werfen.

Es bleibt uns keine andere Wahl,
Erscheint dies Vorgehen auch brutal,
Der Ceitfah lautet: „Produziere billig!“
Und wer da tief im Elend hockt,
Ist nicht mehr vorlaut und verstoßt
Und selbst bei Hungerlöhnen arbeitswillig!

Und ist das Päck erst weich und klein,
Dann stellen wir es wieder ein,
Dann hat die Zeit der großen Not ein Ende.
Herr Brüning macht uns keinen Strich
Durch unsre Rechnung — sicher nicht!
„Mit Gott für Truff und Dividende!“

Karl Rinndt im „Simplizissimus“.

fahren ausgefetzt als der Mann, und das Angebot der weiblichen Arbeitskräfte auf dem Arbeitsnachweis steht keineswegs hinter dem der Männer zurück. Nur in gemeinsamer Arbeit wird es möglich sein, über diese schweren Zeiten hinwegzukommen. Darum erwarten wir auch von unseren Kolleginnen die Treue zum Verband und aktive Mitarbeit zur Machterweiterung unserer Organisation!

Unverbesserlich Rückständige!

Bekanntlich führen seit Jahren die Gewerkschaften den Kampf um den früheren Ladenschluß am Weihnachtsabend. Selbstverständlich ist es, daß auch der 6-Uhr-Ladenschluß so bald wie möglich kommen muß. Es entspricht Gründen der Menschlichkeit, daß auch am Weihnachtsabend die Verkäuferin das Recht hat, für ihre Angehörigen und Lieben das Weihnachtsfest durch einen früheren Ladenschluß vorbereiten zu können. Ein unhaltbarer Zustand ist es, ausgerechnet am Weihnachtsabend, wo alle Einkäufe erledigt sind, die Verkäuferin bis 7 Uhr im Laden festzuhalten. Das Zuendebedienen der Kundschaft und das Aufräumen im Laden und die zermürbende Wochenend-tätigkeit, lassen einen 5-Uhr-Ladenschluß an diesem Tag dringender erscheinen. Aber nicht nur für die Weihnachtszeit, sondern generell soll der 6-Uhr-Ladenschluß angestrebt werden, damit die Verkäuferin auch Zeit findet, ganz ihrem eigenen Bedürfnis nachgehen zu können. Bei der Tätigkeit der in unseren Berufen vorhandenen Verkäuferinnen ist der Arbeitstag an sich länger als bei anderen, da sie in den geschäftstillen Stunden und im Haushalt des Arbeitgebers viele Handreichungen außerhalb ihres eigentlichen Tätigkeitsgebietes verrichten müssen.

Bekanntlich sieht der Entwurf zum Arbeitsschutzgesetz vom 4. Februar 1927 neben anderem auch vor, daß der frühere Ladenschluß gesetzlich geregelt werden soll. Darüber können nun die Rückwärtler nicht mehr zur Ruhe kommen. Alle möglichen Dinge müssen erhalten, die Unerziehbarkeit der Hausfrau zum frühen Einkauf, die Arbeiterfrau, die auf den Lohn ihres Mannes warten muß, wenn er aus der Fabrik kommt, die Einbuße an Kunden und was sonst noch alles für Mädchen, um die Forderung der Gewerkschaften abzuwehren. In Sachen haben es die Kleinrentner ganz besonders schlaun angefangen. Sie haben die sächsischen Gewerkekammern scharf gemacht, die ihrerseits nun beim Wirtschaftsministerium vorstießen, sofort und „energisch“ gegen den Entwurf im Arbeitsschutzgesetz zu protestieren. Es würde dem Kleinhandel ein unermesslicher Schaden entstehen, wenn ein früherer Ladenschluß durchgeführt würde. Ueber diese Demagogie muß man doch staunen! Wie, um alles in der Welt, soll der Schaden entstehen, wenn auch Hinz und Kunz, die Konkurrenzunternehmer, ihre Bude zur Zeit zumachen müssen?

Wir können von den Unternehmern keine Unterstützung erhoffen. Uns bleibt nur der Kampf durch die Gewerkschaft, die wir durch Zuführen neuer Mitglieder stärken müssen und die Vernunft der Verbraucher, an die der Verband appelliert. Durch Aufklärungsarbeit der Organisation wird auch die Öffentlichkeit für unsere berechtigten Forderungen gewonnen!

Der Fluch der Mutterschaft

Nach dem Leben erzählt von Anna Mosgaard.

I.

Nicht immer ist die Mutterschaft ein Glück. Nicht jedes Kindchen wird mit Freuden empfangen, nicht jedes heißt man willkommen in dieser „schönsten aller Welten“.

Manche Mutter hat es erfahren müssen, was es heißt, Mutter, allzuoft und völlig unerwünscht Mutter zu werden. Dora Müller konnte schon ein Wort davon mitleiden. Mühselig und beladen ging sie durchs Leben; bis ins hohe Alter. Die Mutterschaft ward ihr zum Fluch. Ein paar kurze, sorglose Kinderjahre waren ihr beschieden, und schon trat der Ernst des Lebens an sie heran. Knapp zwölf Jahre alt war sie, als ihr die Mutter starb. So früh schon mußte sie ins Grab. Sieben Kinder ließ sie zurück. Dora war das älteste. In allen Altersstufen umstanden sie den Sarg. Auf den Zehenspitzen reckten sich die Jüngsten, um die Mutter noch einmal zu sehen. Tränenlos, mit finsternem, zerschundenem Angesicht hochte der Vater der jammernden Kinderschar in einem Winkel und starrte vor sich ins Leere. Und drinnen in der Wiege lag das Neugeborene und schrie nach der Mutter Brust. Da raffte der schwergeladene Mann sich gewaltsam auf, ging nach der Küche, um dem Kleinen seine Milchflasche zu geben. Und schon trabten die Kinder hinterdrein. Sie hatten Hunger. Vater hatte ja heute ganz vergessen, ihnen Brot zu geben. Dora blieb allein bei der Leiche. Schluchzend lag sie auf dem kalten Fußboden und rang die mageren Kinderhände: „Mutter, ach Mutter, wie soll es bloß werden? Die vielen Kinder! Wie soll ich es schaffen?“, stammelte ihr zuckender junger Mund.

Und es ging, weil es gehen mußte. Die Mutter lag nun draußen auf dem stillen Friedhofe. Ein schlichtes, weißes Holzkreuz kennzeichnete ihr Grab. Kein Name, kein Bibelspruch stand darauf,

nur das kurze Wort „Mutter!“. Anlagend wie ein Aufschrei stand es da.

Für Dora begann der Tag nun schon des Morgens um fünf. Da wurde das Jüngste wach und schrie nach seiner Flasche. Ehe sie es dann gewaschen hatte, kamen die anderen so nach und nach. Sie wollten angezogen und „abgefüttert“ sein. So schnell verging die Zeit. Dora konnte gerade noch im Stehen eine Tasse Kaffee herunterschlucken, ehe sie davonjagte, um rechtzeitig zur Schule zu kommen. Die Nachbarin hatte sich erboten, indessen nach den Kindern zu sehen. Abgehakt, müde und unterernährt, jaß das lang ausgehüllene Mädchen im dumpfen Schulzimmer. Mit Mühe konnte Dora die Augen offen behalten. War sie einst mit die beste Schülerin gewesen, so ging es jetzt rapide zurück mit ihrem Können und Wissen. Es war ihr einfach nicht mehr möglich, dem Lehrstoff zu folgen. Erzählte der Lehrer aus der Geschichte, dann jaß Dora wie auf Kohlen. Sie dachte an die Geschwister daheim. Ob der Kleine wohl arg schrie? Wenn er nur den Lutscher nicht in den Hals bekam! Und ob die anderen beiden nur nicht ans Feuer gingen! Oder hinausliefen auf die Straße, wo sie überfahren werden konnten. Dann grübelte sie darüber nach, was sie morgen wohl kochen könnte. Heute gab es Kartoffeln in Hering, das war leicht gemacht. Vielleicht konnte sie morgen eine Kartoffelsuppe kochen. Die hatten sie zwar erst neulich gehabt, aber die war mit Essig und Speck, wenn sie nun morgen Tag und Kümmel nahm? Ja — das mußte gehen. Der Vater sagte ja nie etwas, er war froh, wenn nur etwas auf dem Tische stand. Ueber diesem Grübeln nickte Dora dann gewöhnlich ein. Erschröden fuhr sie auf, wenn die ganze Klasse in lautes Lachen ausbrach. Aus Schelte, selbst Schläge machte Dora sich nichts, nur als das Fräulein sie zum ersten Male nachhaken ließ, da riß Dora entsetzt die Augen auf: „Fräulein, das geht doch nicht, ich muß ja nach Hause, ich krieger sonst das Mittagessen nicht fertig.“

Da hatte die Lehrerin sie gehen lassen und es auch sonst nicht mehr so genau genommen. Als Dora dann konfirmiert war, konnte sie sich den ganzen Tag den Geschwistern widmen. Das Jüngste lief ihr nun schon von der Hand, wie froh war sie, daß sie nun den großen, schweren Jungen nicht mehr herumzuschleppen brauchte.

An schönen Sommertagen sah man die Geschwister oft hinauswandern nach dem Kirchhofe. Von dort ging es dann weiter in den nahen Wald. Nur eines machte dem Hausmütterchen Sorge, daß es alles Knaben waren, die sie zu bemuttern hatte. Und zwar aus dem einfachen Grunde, weil es ihr schwer war, die Garderobe im Stande zu erhalten. Wären es Mädels gewesen, dann hätte sie schon ein Kittelchen zurechtgeschneidert. Sie hatte ja noch ein paar „Schnitte“ von ihren Puppen. Aber so! Recht schwer fiel es ihr, wenn sie aus Vaters alten Hosen zwei Paar neue für die Jungen nähen sollte. Aber gehen mußte es ja. Kam es auch manchmal vor, daß das Hinterteil nach vorn geraten war, was tat es! Die Brüder merkten es kaum und sahen doch stets einigermaßen nett gekleidet aus. Als Dora 17 Jahre alt war, erkrankte der Vater schwer. Lange lag er im Krankenhause, und als er zum ersten Male wieder am Amboß stand, stieß er sich ein Stück glühendes Eisen ins Auge. Monatelang war er unfähig zum Arbeiten und dann zeigte es sich, daß das Auge erblindet war. Not und Sorge waren daheim ständiger Gast. Kurz entschlossen griff Dora helfend ein. Die Brüder waren nun alle schon so groß, daß sie zur Schule gingen, ja, der Älteste verdiente schon seinen Taler wöchentlich in der Tabakfabrik. Konnte Fritz das, konnte sie es auch. Die Hausarbeit mußte sie ja dann nebenbei machen. Ja, so ging es. Dora verdiente als Anlegerin sogar schon sechs Mark die Woche und später sogar sieben. Das half gut mit im Haushalt.

(Fortsetzung folgt.)